

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

über die Tagung der Versammlung vom 2. bis 5. Dezember 1996 in Paris

Während des ersten Teils ihrer 42. Sitzungsperiode erörterte die Versammlung der Westeuropäischen Union Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und faßte Beschlüsse, die folgende Themen behandelten:

Bericht des Rates

- Ansprache des belgischen Verteidigungsministers, Jean-Pol Poncelet

Politische Fragen

- Die Sicherheit im Mittelmeerraum (*Empfehlung 605* – S. 27)
Rede des Abg. Robert Antretter (S. 26)
Die zukünftige Rolle der WEU – Antwort auf den Jahresbericht des Rates (*Empfehlung 606* – S. 29)
- Die Beteiligung der WEU an humanitären Aktionen in der Region der Großen Seen in Afrika (*Empfehlung 607* – S. 32)
- Die östliche Dimension der europäischen Sicherheit (*Empfehlung 608* – S. 36)
Rede des Abg. Robert Antretter (S. 33) als Berichterstatter
- Ansprache des französischen Staatspräsidenten, Jacques Chirac
- Ansprache des Präsidenten der Versammlung, Sir Dudley Smith
- Ansprache des polnischen Staatspräsidenten, Aleksander Kwasniewski
Fragen der Abg. Wolfgang Behrendt (S. 28) und Dieter Schloten (S. 29)
- Ansprache des Generalsekretärs der Westeuropäischen Union, José Cutileiro
- Ansprache des slowakischen Premierministers, Vladimir Meciar
Frage des Abg. Wolfgang Behrendt (S. 32)

Verteidigungsfragen

- Verteidigung und Sicherheit in einem erweiterten Europa – Antwort auf den Jahresbericht des Rates (*Empfehlung 601* – S. 16)
Rede des Abg. Günter Marten (S. 13) als Berichterstatter
- Die Rolle Europas in Bosnien und Herzegowina (*Empfehlung 604* – S. 23)

Haushalts- und Verwaltungsfragen

- Haushaltsentwurf der Versammlung für das Haushaltsjahr 1997
Rede des Abg. Arnulf Kriedner (S. 25) als Berichterstatter
- Rechnungsprüfungsbericht für das Haushaltsjahr 1995
Rede des Abg. Arnulf Kriedner (S. 26) als Berichterstatter

Technologie und Raumfahrt

- Luftgestützte Überwachung (*Empfehlung 602* – S. 21)
Rede des Abg. Christian Lenzer (S. 19) als Berichterstatter
Rede des Abg. Robert Antretter (S. 20)
- Die Perspektiven für eine Zusammenarbeit zwischen Europa und Japan im Bereich des Weltraums (*Empfehlung 603* – S. 22)

Beziehungen zu den Parlamenten und der Öffentlichkeit

- Die parlamentarische Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum (*Richtlinie 100* – S. 19)
Reden der Abg. Leni Fischer (S. 17) und des Abg. Wolfgang Behrendt (S. 18)

Zum Ablauf der Tagung

An der Tagung nahmen neben den Delegierten aus den zehn Mitgliedsländern, drei assoziierten Mitgliedsländern, fünf Staaten mit Beobachterstatus und – nach der Aufnahme Sloweniens Ende Juni 1996 – nunmehr zehn assoziierten Partnerländern Abgeordnete aus der Ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, aus der Ukraine und aus Rußland teil.

Die Versammlung gedachte in einer Schweigeminute des Anfang Oktober 1996 verstorbenen Leiters der Delegation des Vereinigten Königreiches, Lord Finsberg. Lord Finsberg war seit 1984 Mitglied der Versammlung. Der Präsident der Versammlung würdigte die wertvollen Dienste, die Lord Finsberg als Vorsitzender des Ausschusses für Geschäftsordnung und Immunität und als stellvertretender Vorsitzender des Politischen Ausschusses geleistet habe.

Nach dreieinhalbjähriger Amtszeit von Sir Dudley Smith (Vereinigtes Königreich) ernannte die Versammlung Lluís María de Puig (Spanien) zum neuen Präsidenten der Versammlung. Als

deutscher Vizepräsident wurde der Abg. Klaus Bühler in seinem Amt bestätigt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses wurden die Abg. Dieter Schlöten und Günter Marten gewählt. Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Geschäftsordnung und Immunität ist der Abg. Wolfgang Behrendt. Die Abg. Arnulf Kriedner und Christian Lenzer wurden in ihren Ämtern als Vorsitzender des Haushaltsausschusses und als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Technologie und Raumfahrt bestätigt.

Vor der Versammlung sprachen der französische Staatspräsident Jacques Chirac, der belgische Verteidigungsminister Jean-Pol Poncelet, der polnische Staatspräsident Aleksander Kwasniewski, der Generalsekretär der WEU José Cutileiro und der slowakische Premierminister Vladimír Mečiar.

Am Ende der Tagung dankte der Präsident dem stellvertretenden Generalsekretär der WEU Botschafter Dr. Horst Holthoff (Bundesrepublik Deutschland), der 1997 in den Ruhestand versetzt wird, für die gute Zusammenarbeit mit der Versammlung.

Schwerpunkte der Beratungen

Der Präsident der Versammlung, **Sir Dudley Smith** (Vereinigtes Königreich), blickte im Rahmen der letzten Eröffnungsansprache seiner Amtszeit nicht nur wie üblich auf die zurückliegende 41. Sitzungsperiode, sondern auf die gesamte Zeit seiner Präsidentschaft seit Juni 1993 zurück. In dieser Zeit habe die Versammlung die allen Parlamenten obliegende Aufgabe, als kollektives Gewissen der jeweiligen Regierung zu fungieren, engagiert wahrgenommen. Gleichzeitig hätten sich die Beziehungen der Versammlung zum Ministerrat, welchen – anders als bei anderen interparlamentarischen Gremien – vertragliche Regelungen zugrunde lägen, sehr verbessert. Die größte und vielleicht wichtigste Veränderung sowohl des Rates wie auch der Versammlung während seiner Amtszeit betreffe deren Zusammensetzung. Bei den regelmäßigen und häufig stattfindenden sicherheitspolitischen Beratungen auf Ministerebene seien nunmehr 28 Staaten repräsentiert, was insofern beispiellos sei. Diese Zusammensetzung basiere jedoch auf einer Vielzahl unterschiedlicher Zugehörigkeitskategorien, für die es zwar plausible Gründe geben möge, welche letztendlich aber künstlich und daher reformbedürftig seien. Weiterhin plädierte der Präsident dafür, daß die WEU so lange eine autonome Organisation bleibe, bis sie eines Tages vollkommen in der EU aufgehen werde. Insofern und weil die Zusammenarbeit mit der EU problemlos ablaufe, sehe er keinerlei Notwendigkeit dafür, der EU ein Direktionsrecht gegenüber der WEU einzuräumen. Anschließend begrüßte der Präsident Slowenien offiziell als 10. assoziiertes Partnerland der WEU und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß weiteren mittel- und osteuropäischen Ländern dieser Status verliehen werden möge. Daneben wies er darauf hin, daß die Versammlung es seit langem befürworte, sämtlichen europäischen NATO-Bündnisstaaten eine WEU-Mitgliedschaft anzubieten.

Als erstes befaßte sich die Versammlung mit dem Bericht des Abg. **Günter Marten** zur Verteidigung und Sicherheit in einem erweiterten Europa. Dieser Bericht, der zugleich die Antwort der Versammlung auf den Jahresbericht des Rates darstellte, knüpft an den im Dezember 1995 ebenfalls von Abg. Günter Marten vorgelegten Bericht zum Thema Sicherheit und militärische Zusammenarbeit im Ostseeraum *) an. Auf die in diesem Bericht und der dazugehörigen Empfehlung enthaltenen differenzierten Vorschläge habe der Rat im Mai 1996 – so Marten – nur unzulänglich, da oberflächlich und anhand von Allgemeinplätzen, geantwortet. Einige der im genannten Bericht enthaltenen Anregungen würden nun erneut aufgegriffen und an den Rat herangetragen, daß dieser sie möglichst umsetzen, sich jedenfalls aber sorgfältig mit ihnen auseinandersetzen möge.

Schwerpunkte des Berichtes sind die Kernfragen der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik in Europa: die NATO-Strukturreform, die europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität und die Erweiterung der NATO. Die Entwicklung der Alliierten Streitkräftekommandos (CJTF) kritisch analysierend, erinnerte der Berichtersteller an die konkreten Bedingungen, die die Vereinigten Staaten für die Nutzung von NATO-Einrichtungen formuliert hätten. Hinzu komme, daß es kaum ureigenste NATO-Ressourcen gebe. Für auch nur einigermaßen bedeutende Operationen würden die Europäer die Einrichtungen der Amerikaner brauchen. Trotz der ministeriellen Euphorie über die Umsetzung des CJFT-Konzeptes müsse erkannt werden, daß die europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität noch nicht auf eigenen Beinen stehe.

Im Hinblick auf die NATO-Erweiterung und der dadurch für die Staaten, die nicht in einer ersten Erweiterungsrunde aufgenommen würden, entstehenden verteidigungspolitischen Situation plädiert der Bericht für kreative Lösungen. So einigte sich die Versammlung darauf, dem Rat eine Überprüfung der derzeitigen Bedingungen für eine WEU-Mitgliedschaft zu empfehlen. Insbesondere solle die Möglichkeit erwogen werden, von der Vorbedingung einer NATO-Mitgliedschaft abzugehen. Gleichzeitig betonte die Versammlung aber die Notwendigkeit, den Dialog mit Rußland und der Ukraine wieder aufzunehmen, der angesichts des rein europäischen Charakters der WEU für beide Seiten von größtem Interesse sein könne. Weiterhin empfahl die Versammlung auf Vorschlag des Abg. Günter Marten dem Rat erneut, die Einrichtung einer „Ständigen Einsatztruppe Ostsee“ mit den Gründungsmitgliedern Dänemark, Estland, Deutschland, Lettland, Litauen und Polen zu fördern. Dem liegt die Überzeugung zugrunde, daß die westeuropäischen Länder, und somit auch die WEU, sich ernsthaft bemühen müßten, die Sicherheitsbedürfnisse der baltischen Staaten, die nur allzu bekannt und verständlich seien, zu erfüllen. Solche Bemühungen könnten sich nicht nur auf die Entwicklung von Konsultationsverfahren und halbjährlichen Treffen auf höchster Ebene beschränken. Vielmehr sei die Zusam-

*) Empfehlung 585 (s. BT-Drucksache 13/3541, S. 25)

menarbeit der Streitkräfte in den Bereichen wie Planung und Übungen unerlässlich. Die Zusammenarbeit der Seestreitkräfte biete sich im Ostseeraum an und könne in keiner Weise als offensives Verhalten ausgelegt werden. Die WEU, an der die baltischen Staaten als assoziierte Partner teilnähmen, sei der logische Rahmen für eine solche Kooperation.

Der belgische Verteidigungsminister **Jean-Pol Poncelet** trug als Vertreter des amtierenden Ratsvorsitzenden, des belgischen Außenministers Derycke, der Versammlung den Bericht des Rates vor. Im Hinblick auf die Unzufriedenheit der Versammlung mit der Reaktion des Rates auf die Empfehlungen versicherte der Verteidigungsminister, daß Belgien die Versammlung als wichtigen Impulsgeber für die WEU betrachte und die Ansichten der Parlamentarier aufmerksam beachtet würden. Der Text der Antworten müßte aber von allen Ratsmitgliedern konsentiert werden, so daß die Reaktionen oftmals nicht so eindeutig und nachdrücklich ausfielen, wie die Versammlung es sich wünschen würde. Zu den Fortschritten der WEU unter belgischer Präsidentschaft führte Poncelet aus, daß die Zusammenarbeit zwischen der WEU und der EU weiter gefördert worden sei, daß der Kampf gegen Anti-Personen-Minen fortgeführt und daß versucht worden sei, afrikanische Staaten bei friedenserhaltenden Operationen zu unterstützen. Der fehlende internationale Konsens habe die WEU hier daran gehindert, mehr zu unternehmen. Im Hinblick auf die Beziehungen der WEU zur NATO habe die WEU sechs Diskussionspapiere vorgelegt, welche die NATO geprüft habe und umsetzen wolle. Stetige Fortschritte mache, so der belgische Verteidigungsminister, auch die operationelle Befähigung der WEU.

Auf der Grundlage des Richtlinienentwurfes des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten und der Öffentlichkeit befaßte die Versammlung sich mit der 1992 in Istanbul gegründeten Schwarzmeerkooperation, der elf Länder angehören, von denen sechs (Türkei, Bulgarien, Rumänien, Ukraine, Rußland, Georgien) Anrainer des Schwarzen Meeres sind und zu welchem die restlichen fünf (Moldau, Griechenland, Albanien, Armenien und Aserbaidschan) räumliche Nähe aufweisen. 1993 konstituierte sich die entsprechende Parlamentarische Versammlung der Schwarzmeerkooperation, PABSEC (Parliamentary Assembly of the Black Sea Economic Cooperation). Gegenstand der Kooperation ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ziel der Schaffung einer multilateralen Wirtschaftskooperationszone mit einem Markt von mehr als 300 Millionen Menschen. Hierzu verpflichteten die Teilnehmerstaaten sich, bestehende Handelshemmnisse zu beseitigen, wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu verbessern, den freien Verkehr von Waren und Dienstleistungen zu fördern und die Investitionsbedingungen zu verbessern. Die bereits zwischen einzelnen Mitgliedern bestehenden Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit, Doppelbesteuerung und Investitionsschutz sollen zur multilateralen Zusammenarbeit erweitert werden. Der Berichterstatter, **Sir John Hunt** (Vereinigtes Königreich), erinnerte an die Bedeutung, die regionale Initiativen der Zusammenarbeit in Europa für die politische Stabilität des

Kontinents hätten. Die Abg. **Aytaman** (Türkei) ergänzte die Darstellung durch die Erläuterung der türkischen Schwarzmeerpolitik und verwies auf die Schwierigkeiten einer Kooperation zwischen den elf Küsten- und Nachbarstaaten des Schwarzen Meeres, die durch die unterschiedlichsten politischen, sozialen und ökonomischen Umstände geprägt seien.

Die Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, die Abg. **Leni Fischer**, begrüßte die Initiative der Mitglieder der Schwarzmeerkooperation zur regionalen Zusammenarbeit und forderte deren besondere Unterstützung sowohl durch die WEU wie auch durch den Europarat. Sie berichtete von der gemeinsamen Konferenz der Parlamentarischen Versammlungen des Europarates und der Schwarzmeerkooperation zur Verschmutzung und Gefährdung des Schwarzen Meeres durch den Schiffsverkehr, die im Juli 1996 in Istanbul stattgefunden habe. Weiterhin hob die Präsidentin hervor, daß die Herstellung geordneter wirtschaftlicher Verhältnisse der Schlüssel zur politischen Stabilität sei und daß der Begriff von Sicherheit über die militärische Sicherheit hinaus weiterentwickelt werden müsse. Dieses Thema habe nicht nur für den OSZE-Gipfel in Lissabon Bedeutung, sondern werde auch auf dem zweiten Gipfel des Europarates Ende 1997 zu behandeln sein.

Abg. **Wolfgang Behrendt** unterstützte die Forderung des Berichterstatters, daß die WEU dieser Region in Zukunft noch mehr Aufmerksamkeit schenken sollte. Die dem Schwarzen Meer drohende Umweltkatastrophe sei nicht allein durch die Anrainerstaaten des Meeres abwendbar. Vielmehr werde das Gewässer indirekt auch durch den Zulauf von Flüssen verschmutzt, deren Einzugsgebiet ein Drittel der europäischen Landfläche umfasse. Weiterhin plädierte Abg. Behrendt für eine differenzierte, die Kooperation der Schwarzmeerstaaten fördernde Unterstützung durch die EU. Nur so könne eine langfristige Lösung der vielfältigen wirtschaftlichen und ökologischen Probleme, mit denen auch die Verteidigungsfähigkeit dieses Raumes zusammenhänge, sowie Stabilität und nachhaltige Entwicklung sowohl in der betroffenen Region als auch in ganz Europa erreicht werden. Einstimmig nahm die Versammlung sodann die Richtlinie betreffend die parlamentarische Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum an, durch welche der Präsidialausschuß angewiesen wird, eine intensivere Zusammenarbeit der WEU-Versammlung mit der Parlamentarischen Versammlung der Schwarzmeerkooperation zu erwägen und eine Befassung der Versammlung mit den Auswirkungen der Erweiterung der NATO und der Europäischen Union auf den Schwarzmeerraum zu veranlassen.

Anschließend nahm die Versammlung die von Abg. **Christian Lenzer** vorgelegte Empfehlung zur luftgestützten Überwachung an. Hierzu führte der Berichterstatter aus, daß es sich bei einer luftgestützten Überwachung um eine Ergänzung des an erster Stelle stehenden, weltraumgestützten Systems handeln würde. Im Bereich satellitengestützter Überwachung habe die WEU sich mit dem Satellitenzentrum in Torrejón ausgestattet, daneben gebe

es den französischen Nachrichtensatelliten Helios I. Die Übernahme der neuen operativen Aufgaben der WEU bedürften einer gesicherten Basis von schnell, zuverlässig, kontinuierlich und genau gesammelten Daten. Dies könne ein satellitengestütztes System allein nicht bewältigen; es bedürfe einer den taktischen Erfordernissen entsprechenden Ergänzung. Im Hinblick auf eine zukünftige Beschaffung eines luftgestützten Überwachungssystems empfahl die Versammlung dem Rat eine Analyse der Erfordernisse der einzelnen Mitgliedstaaten vorzunehmen und anhand dieser Analyse eine Harmonisierung der verschiedenen Anforderungen sowie letztlich deren Festlegung für die WEU-Mitgliedstaaten zu erreichen. Gleichzeitig solle angesichts schrumpfender Verteidigungshaushalte größtmögliche Kosteneffizienz angestrebt werden. Eine frühzeitige militärische Spezifikation könnte darüber hinaus dazu beitragen, die Kapazitäten und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu verbessern.

Nach dreieinhalb Jahren endete die Amtszeit von Präsident **Sir Dudley Smith** (Vereinigtes Königreich) Ende des Jahres 1996. Für dieses Amt hatten ursprünglich für die Liberale Gruppe Armand De Decker (Belgien) und für die Sozialistische Gruppe Lluís María de Puig (Spanien) kandidiert; De Decker zog seine Kandidatur später zurück. So wurde **Lluís María de Puig** (Spanien) zum neuen Präsidenten der WEU-Versammlung ernannt. Der 1945 geborene Spanier ist Professor für Gegenwartsgeschichte an der Universität Barcelona. Der schon im Widerstand gegen das Franco-Regime engagierte Professor ist seit 1990 Mitglied der Versammlung und seit 1994 Vorsitzender des Politischen Ausschusses. Zentrales Ziel der WEU und der Versammlung sei es für ihn, so de Puig in seiner Antrittsrede, die Wiederholung der Balkankrise und der Schwierigkeiten bei ihrer Bewältigung zu vermeiden. Konzeptionell müsse geklärt werden, wie eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik dazu beitragen könne, Frieden und Sicherheit in Europa zu gewährleisten. Der designierte Präsident mahnte eine positivere Haltung gegenüber einer Integration der WEU in die EU an.

Im Hinblick auf die französische WEU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1997 stellte der französische Staatspräsident **Jacques Chirac** der WEU-Versammlung die Ziele und das Programm seines Landes für diesen Zeitraum vor. Er erklärte, die Konstruktion eines Europas der Sicherheit und der Verteidigung stehe erst am Anfang. Europa müsse auch in diesen zentralen Bereichen ehrgeizige Ziele verfolgen und seine Rolle als einer der Hauptakteure in einer multipolaren Welt wahrnehmen. Europa müsse in der Lage sein, Frieden und Sicherheit auf dem europäischen Kontinent zu garantieren und seinen Beitrag zur internationalen Stabilität zu leisten. Die gegenwärtig stattfindende Regierungskonferenz und die Anpassung der Atlantischen Allianz böten hierzu eine historische Gelegenheit. Nach Auffassung Frankreichs müsse im Rahmen der EU der Europäische Rat das höchste Entscheidungsgremium im Bereich von Sicherheit und Verteidigung werden und ein „Hoher Vertreter“ die Union repräsentieren. In der EU

sollten die Staaten, die dazu bereit seien, auch in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung enger zusammenarbeiten können. Vor diesem Hintergrund habe Frankreich drei Prioritäten für seine WEU-Präsidentschaft. An erster Stelle stehe die Weiterentwicklung der operativen Fähigkeiten der WEU. Hierfür sei die Verstärkung der Planungszelle von zentraler Bedeutung. Sie müsse nicht nur in die Lage versetzt werden, zur Planung der NATO für WEU-Operationen, die auf Allianzressourcen zurückgreifen, beizutragen, sondern auch zu unabhängiger militärischer Planung für eigenständige WEU-Operationen fähig sein. Des weiteren gelte es, das WEU-Satellitenzentrum stärker zu nutzen. Hinsichtlich multinationaler Einheiten wie z. B. dem Eurocorps unterstrich Präsident Chirac die Notwendigkeit einer größtmöglichen Kohärenz und kündigte diesbezügliche Vorschläge der französischen Präsidentschaft an. Zweite Priorität der französischen Präsidentschaft sei die institutionelle Annäherung der WEU und der EU, die in der Perspektive einer späteren Integration der WEU stehe. Ausgangspunkt für diese Annäherung sei der Ausbau der Arbeitsbeziehungen auf allen Ebenen. Präsident Chirac wies darauf hin, daß die Aufnahme zahlreicher neuer Mitglieder in die „WEU-Familie“ mit negativen Auswirkungen auf die internen Prozeduren der WEU verbunden gewesen sei und daß die Existenz unterschiedlicher Kategorien von Mitgliedschaften die politische Sichtbarkeit der Organisation beeinträchtigt hätte. Als dritter Schwerpunkt der Präsidentschaft solle in diesem Zusammenhang eine umfassende Überprüfung veranlaßt werden.

In einer Dringlichkeitsdebatte befaßte die Versammlung sich mit der von Berichterstatter **Blaauw** (Niederlande) vorgelegten Empfehlung zur Rolle Europas in Bosnien und Herzegowina. Auf dieser Grundlage kamen die Delegierten überein, dem Rat zu empfehlen, er möge die Einsetzung einer internationalen Polizei-Sondereinheit in Bosnien und Herzegowina prüfen. Diese sollte besser als ihre Vorgängerorganisation ausgestattet werden, einem WEU-Kommando unterstellt und aus Kräften aus Mitgliedsländern, assoziierten Mitgliedsländern, Beobachterländern und assoziierten Partnerländern der WEU zusammengestellt werden. Hiermit würden die Europäer beweisen, daß sie tatsächlich mehr Verantwortung bei der Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität in Europa übernehmen wollten. Damit diese Spezialeinheiten spätestens mit Ende der befristeten SFOR-Mission zum Einsatz kommen könnten, müßte die WEU-Planungszelle baldmöglichst einen Einsatzplan vorschlagen.

Wie schon im letzten Jahr blieb dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Abg. **Arnulf Kriedner**, angesichts der ausstehenden Billigung des Haushaltsentwurfes 1997 durch den Rat nichts anderes übrig, als zu beantragen, die Beratung des Entwurfes von der Tagesordnung zu nehmen. Abg. Kriedner machte deutlich, daß dies ein nicht hinnehmbares Verhalten des Rates sei, welches in nationalen Parlamenten undenkbar sei. In Zukunft müsse die Versammlung wieder in die Lage versetzt werden, über einen stehenden Haushaltsbeschluß beraten zu können. Die Delegierten folgten dem Antrag des Berichterstatters, nicht ohne daß

Abg. **Martinez** (Spanien) den unermüdlichen und kenntnisreichen Einsatz Kriedners in seiner Funktion als Vorsitzender des Haushaltsausschusses würdigte. Der von Abg. Arnulf Kriedner präsentierte und in diesem Jahr vom griechischen Rechnungshof erstellte Rechnungsprüfbericht für das Haushaltsjahr 1995 wurde von der Versammlung angenommen.

In ihrer Empfehlung betreffend die Sicherheit im Mittelmeerraum bedauert die Versammlung, daß die WEU sich bis jetzt noch nicht an den verschiedenen Initiativen der Mittelmeeranrainerstaaten, der Europäischen Union und insbesondere der Barcelona-Konferenz beteiligt habe, obwohl, so Abg. **Robert Antretter** in der Debatte, Sicherheit für Europa nur geschaffen werden könne, wenn ein dauerhafter Frieden in der Mittelmeerregion sichergestellt sei. Die vielfältigen Konfliktherde im Mittelmeer, die der entsprechende Bericht des Abg. **Lipkowski** (Frankreich) ansprach, und die unterschiedlichen Auffassungen insbesondere der türkischen und der griechischen Delegierten hierzu, führte zu einer lebhaften Debatte. Einig war man sich aber darüber, daß der derzeitige Dialog über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Maßnahmen der Zusammenarbeit im Mittelmeerraum auf die Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik erstreckt werden müsse. Die Versammlung empfahl dem Rat daher, der Europäischen Union gezielte Vorschläge zu unterbreiten mit dem Ziel, Sicherheitsangelegenheiten in den in Barcelona eingeleiteten Konsultationsprozeß mit den Mittelmeerländern aufzunehmen und eine aktive Rolle in diesem Prozeß zu spielen.

Anschließend sprach der polnische Präsident, **Aleksander Kwasniewski**, zu den Delegierten der WEU-Versammlung. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen standen Überlegungen zur zukünftigen europäischen Säule eines neuen Sicherheitssystems. Er sei der Auffassung, daß ein solches System aus trennbaren, jedoch nicht getrennten Elementen bestehen werde, und daß es von vorrangigster Bedeutung sein werde, kooperative Beziehungen zwischen diesen Elementen sicherzustellen. Die Russische Föderation müsse als wichtigster Partner der Euro-Atlantischen Gemeinschaft behandelt werden und eine bedeutende, konstruktive Rolle spielen. Signifikant sei, so Kwasniewski, daß viele Staaten in letzter Zeit ein verstärktes Engagement im Hinblick auf eine neue europäische Sicherheitsarchitektur zeigten. Als Beispiele nannte er Spanien, Frankreich, die mittel- und osteuropäischen Staaten sowie die Schweiz im Hinblick auf ihre Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden. Polen werde sich in die Euro-Atlantische Sicherheitsgemeinschaft wohl über eine Mitgliedschaft in der NATO einfügen. Diesem Integrationsschritt solle nach polnischer Auffassung aber möglichst bald die Aufnahme in die Europäische Union folgen, mit der dann auch der Beitritt Polens in die WEU verbunden sein sollte. Die Vorbereitungen, die Polen für die Mitgliedschaft in der NATO und in der WEU treffe, seien umfassend und nicht allein auf die Modernisierung der Streitkräfte beschränkt. So messe er der Überordnung des zivilen Verteidigungsministers über die Kommandeure der verschiedenen Waffengattungen große Bedeutung bei.

Abg. **Dieter Schlöten** fragte Präsident Kwasniewski, welche Erwartungen Polen hinsichtlich der Zusammenkunft des Nordatlantikrates und des NATO-Gipfeltreffens im Jahr 1997 hege und ob es für Polen vorstellbar sei, NATO-Mitglied zu sein, ohne daß ausländische Truppen oder Atomwaffen auf polnischem Territorium stationiert würden. Der Präsident antwortete, es sei schwierig Vorbedingungen zu definieren, bevor die Verhandlungen überhaupt begonnen hätten. Als Repräsentant eines Staates, der an Beitrittsverhandlungen interessiert sei, wollte er mit den Worten General Joulwans antworten, der auf einem NATO-Workshop in Warschau gesagt habe, daß eine NATO-Mitgliedschaft bedeute, sowohl die Werte als auch die Risiken des Bündnisses zu teilen. Dies sei ein konstruktiver Ansatz und Polen sei bereit, die damit verbundenen Konsequenzen zu tragen. Hierzu gehöre nach dem derzeitigen Stand wohl nicht die Stationierung von Atomwaffen oder NATO-Truppen in Polen.

Abg. **Wolfgang Behrendt** fragte den Präsidenten nach dem Instrument des Schuldenerlasses in Form des Eco-Fonds. In diesem Zusammenhang interessiere es ihn, ob sich das Modell, an dem bisher die USA, die Schweiz und Frankreich beteiligt seien, bewährt habe und ob Polen es begrüßen würde, wenn sich weitere Länder dem Eco-Fonds anschließen würden. Kwasniewski betonte, daß die ersten Erfolge dieses Projektes schon sichtbar würden. Der Schuldenerlaß habe nicht nur die finanzielle Situation Polens verbessert, sondern das Land in die Lage versetzt, ökologische Schutzprojekte zu fördern.

Der Generalsekretär der WEU, **José Cutileiro** (Spanien), erklärte vor der Versammlung, daß die Entwicklung der operationellen Fähigkeiten der WEU die oberste Priorität habe. Daß die WEU nicht mehr ausschließlich als Forum für politische Konsultationen, sondern vielmehr als Instrument ihrer Mitglieder zur Verwirklichung konzentrierter Aktionen angesehen werde, bezeuge die in Ostende gezeigte Bereitschaft des Ministerrates, sich der Krise in der Region der Großen Seen in Afrika zuzuwenden. Im Hinblick auf die Zusammenarbeit der WEU mit der NATO verkündete Cutileiro, daß man hoffen könne, bald eine Vereinbarung zu treffen, die die umfassende Teilnahme der assoziierten Mitglieder an der Zusammenarbeit mit der NATO erlauben werde. Zusätzlich solle die weitestgehende Einbeziehung auch der Beobachterstaaten in die neuen Handlungsoptionen der WEU festgelegt werden. Weitere Aktivitäten, die die WEU im Rahmen der Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität verfolge, seien die verschiedenen Projekte der Rüstungskoooperation. Von großer Bedeutung seien auch die verschiedenen multinationalen Streitkräfte, die von den Mitgliedsländern gegründet worden seien (EUROFOR, EUROMARFOR, Eurocorps) und der WEU bei Bedarf für Einsätze zur Verfügung stünden. Auf die Frage von **Sir Russell Johnston** (Vereinigtes Königreich), welche Rolle die WEU-Versammlung nach einer Integration der WEU in die EU spielen würde, versicherte der Generalsekretär, daß für die WEU-Versammlung eine Rolle gefunden würde, daß er aber die hypothetische

Frage nach deren Ausgestaltung derzeit nicht beantworten könne.

In einer weiteren Dringlichkeitsdebatte widmete die Versammlung sich der Krise in der Region der Großen Seen in Afrika und der dort benötigten humanitären Hilfe. Die Versammlung empfahl dem Ministerrat, umgehend die Ressourcen zu ermitteln, die die WEU-Staaten für einen humanitären Unterstützungseinsatz zur Verfügung stellen könnten. Weiterhin solle ohne Verzögerung die Teilnahme an der ersten Hilfsaktion anvisiert werden.

Im Mittelpunkt des letzten Sitzungstages der Versammlung stand der Bericht des Abg. **Robert Antretter** zur östlichen Dimension der europäischen Sicherheit. Nach der Überwindung der historischen Teilung Europas stehe man nun, so Antretter, vor der Herausforderung, neue Sicherheitsstrukturen in Europa zu schaffen, ohne bewährte Institutionen leichtfertig aufzugeben. In Anbetracht der vielfältigen und nicht genau zu kalkulierenden sicherheitspolitischen Herausforderungen sei es von außerordentlicher Bedeutung, daß Flexibilität im Vorgehen erhalten bleibe. Immer noch mangle es jedoch an einem umfassenden Gesamtkonzept für die Harmonisierung des Prozesses der Erweiterung der NATO, der EU und der WEU. Eine zentrale Rolle in der Erweiterungsdebatte spiele die Russische Föderation. Auf deren Außenpolitik wirke sich jedoch die anhaltende Unsicherheit über die innenpolitischen Entwicklungen äußerst negativ aus. Umso bedauerlicher sei es daher, daß sich die Diskussion um eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa derzeit auf die Frage der NATO-Erweiterung konzentriere. In seinem Bericht schlug Abg. Robert Antretter daher vor, die WEU solle gerade im Hinblick auf die östliche Dimension der europäischen Sicherheit eine viel größere Rolle als bisher spielen. Mit der Einführung des assoziierten Partnerstatus habe die WEU gegenüber der NATO und der EU bereits vor einigen Jahren eine Vorreiterrolle übernommen. Nun gelte es, die größere Flexibilität dieses Sicherheitsbündnisses erneut unter Beweis zu stellen, indem assoziierten Partnerstaaten der Status eines assoziierten Mitgliedes angeboten werde und indem den assoziierten europäischen NATO-Mitgliedsländern die Vollmitgliedschaft ermöglicht werde.

In der Debatte erläuterte der Abg. **Pastusiak** (Polen), daß die in Polen vorherrschende Vorstellung von der europäischen Sicherheitsarchitektur die eines auf drei Säulen ruhenden Systems sei. Die erste Säule sei ein allmählicher, klarer und offener Prozeß der Erweiterung der NATO und der WEU, der kein Land ausschließe. Die zweite Säule seien die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der NATO und den Staaten, die zunächst nicht in diese aufgenommen würden. Die dritte Säule des Systems seien gestärkte, paneuropäische Institutionen, wie insbesondere die OSZE, aber auch Verträge wie der über den offenen Himmel.

Nach der Einarbeitung einiger ergänzender Änderungsanträge nahm die Versammlung die Empfehlung zur östlichen Dimension der europäischen Sicherheit an, welche dem Rat nahelegt, für die Erweiterungspolitik einen flexiblen Ansatz vorzubereiten. Als

praktischen Anwendungsfall für diese Flexibilität empfiehlt die Versammlung dem Rat, mit der NATO Absprachen zu treffen, die es allen der WEU assoziierten Ländern ermögliche, voll an Aktionen in Ausführung des CJTF-Konzeptes unter politischer Kontrolle der WEU teilzunehmen.

Bonn, den 5. Februar 1997

Robert Antretter

Sprecher der Delegation

Klaus Bühler

Stellvertretender Sprecher

Montag, 2. Dezember 1996

Tagesordnungspunkt

**Ansprache des Präsidenten der Versammlung,
Sir Dudley Smith**

(Themen s. S. 3)

Tagesordnungspunkt

**Verteidigung und Sicherheit
in einem erweiterten Europa –
Antwort auf den Jahresbericht des Rates**

(Drucksache 1545)

Berichtersteller:

Abg. Günter Marten (Bundesrepublik Deutschland)

Günter Marten (CDU/CSU). – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe zu meinem Bericht über Verteidigung und Sicherheit in einem erweiterten Europa vorweg auszuführen, daß dieser hier einzuführende Bericht gleichzeitig auch eine „Antwort auf den Jahresbericht des Rates“ ist. Mein Bericht kann und muß im Zusammenhang mit dem Ihnen ja auch vorliegenden Bericht unseres Kollegen Antretter, der dazu am Donnerstag seine Ausführungen machen wird, gesehen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, die politischen Ereignisse der vergangenen zehn Jahre haben einen Großteil der macht- und sicherheitspolitischen Bedingungen und Beziehungen auf den Kopf gestellt, die über Jahrzehnte scheinbar unverrückbar stabil das Verhalten der Völker und Staaten bestimmten. Kein Beobachter der internationalen Szene und kein führender Politiker hat 1985 prognostiziert, was sich von 1985 bis heute ereignete und geschah.

Gefährlichster Unruheherd bleibt auf absehbare Zeit die „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ (GUS) ausschließlich Randzonen, die von der GUS als „nahes Ausland“ bezeichnet werden. Signifikante Unruhen in der GUS seit ihrer Gründung am 21. Dezember 1991 würden auch besonders nationale Interessen der Ostseeanlieger und nicht zuletzt auch die Verteidigung und Sicherheit in einem erweiterten Europa betreffen.

Die Interessen aller westlichen europäischen Staaten, die in der WEU und bzw. oder NATO integriert sind, an friedlichen und geregelten Beziehungen in einem erweiterten Europa sind deshalb von sehr vitaler Bedeutung. Sicherheit und militärische Kooperation im Ostseeraum beinhalten zahllose Empfehlungen der Versammlung an den Rat. In zahllosen Debatten in diesem Hohen Hause über Sicherheit und Verteidigung in Europa haben wir oftmals gemeinsame Positionen gefunden und sie in die laufenden Arbeiten an der Entwicklung der optimalen Rolle der WEU unter anderem auch in Bezug auf die in der Petersberg-Erklärung vorgesehenen Missionen einbezogen.

Es ist höchst bedauerlich, daß – abgesehen von der sinnlosen Wiederholung bekannter Texte, die es seit langem gibt – der Rat sich entweder nicht die Mühe gemacht hat oder nicht dazu fähig war, auf die fünf Abschnitte des operativen Textes der Empfehlung 585 über Sicherheit und militärische Zusammenarbeit im Ostseeraum einzugehen. Diese Empfehlungen sind klar und eindeutig formuliert. Wenn der Rat – aus welchen Gründen auch immer – mit den Vorschlägen der Versammlung nicht einverstanden ist, sollte er dies in seiner Antwort klar zum Ausdruck bringen. Wenn der Rat zu einer Antwort nicht in der Lage ist, weil er meint, daß die Zeit für die Umsetzung der Vorschläge aus diesem Hause noch nicht reif sei, wäre eine entsprechend begründete Antwort durchaus verständlich und für viele von uns auch hilfreich gewesen. Die Antwort des Rates auf die Empfehlung 585 endete aber mit den Worten:

Der Rat ist der Meinung, daß der sich entwickelnde Sicherheitsdialog mit seinen neuen assoziierten Partnern, einschließlich derer der WEU aus dem baltischen Bereich, zur Sicherheit der Region beiträgt.

Diese Antwort trägt für mich alle Anzeichen der Mißachtung des Parlaments. Sie enthält keine einzige Antwort auf die von uns gemachten, sehr spezifischen Vorschläge. Eine bedeutungslose Antwort, die mehr als fünf Monate, nachdem der Rat den Text der Empfehlung erhalten hat, gegeben wurde, leistet nicht den geringsten Beitrag zur Debatte zwischen Rat und Versammlung.

In Bezug auf die Reform der Kommandostruktur der NATO ist festzustellen, daß die politische Führung der NATO die Organisation den neuen Gegebenheiten zumindest im politischen und militärischen Umfeld anzupassen versucht.

Dazu gehört auch der Entwurf einer NATO-Langzeitstudie, die sich von dem Gedanken leiten läßt, die militärische Umsetzung der Bündnisstrategie zu regeln und zu aktualisieren, die Finanzplanung des Bündnisses effektiver zu gestalten und eine Überprüfung der NATO-Kommandostrukturen in Angriff zu nehmen, wobei Detailfragen der internen Studie in Phase 3 erst im Januar 1997 behandelt werden sollen.

In meinem Report, der, wie gesagt, mit meinem Kollegen Antretter abgestimmt ist, habe ich zu dieser NATO-Reform ausführlich Stellung genommen. Das Problem wird die personelle Ausstattung der neuen Strukturen sein, besonders im Zusammenhang mit der Frage, wie dabei die Europäisierung der NATO Gestalt annehmen und die Entwicklung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität stärker sichtbar gemacht werden kann. Dieses alte Thema, meine Damen und Herren, habe ich ebenso in den Kapiteln 4 und 5 meines Berichts untersucht. Sie werden dort die gemachten Anmerkungen und Ausführungen sicherlich aufmerksam gelesen haben, so daß ich hier nicht näher darauf eingehen

muß. Wir werden vielleicht das eine oder andere Problem in der anschließenden Diskussion noch behandeln.

Nur soviel sei an Bemerkungen vorweg gesagt:

Erstens. Wird sich ein europäischer Verteidigungsarm wie die WEU der Strukturen der NATO bedienen wollen bzw. können? Das würde allerdings aus meiner Sicht den übermäßigen US-Einfluß im Bündnis zurückdrängen.

Zweitens. Zur Zeit steht die Schaffung eines politisch sichtbaren und militärisch wirksamen, kohärenten europäischen Dispositivs, also die Schaffung einer zusammenhängenden europäischen, rechtlich vorgeschriebenen Regelung, die durch deren Beteiligte geändert werden kann, im Vordergrund. Damit soll so deutlich wie möglich vorstellbar gemacht werden, daß das europäische Dispositiv auch außerhalb der konkreten Operation unterschiedlich zu sein hat oder sein kann.

Meine Damen und Herren, ist die Entscheidung zur Übernahme von NATO-Ressourcen gefallen, dann soll bzw. kann die WEU in möglichst unkonventioneller, eigenverantwortlicher und von der NATO unabhängiger Weise diese Operation politisch steuern und militärisch führen.

Der NATO-Erweiterung habe ich große Aufmerksamkeit geschenkt. Wie Sie aus den Medien entnehmen können, ist dieses Thema hochaktuell. Der russische Ministerpräsident Tschernomyrdin hat kurz vor Beginn des Gipfels der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, OSZE, in Lissabon noch einmal den Widerstand Moskaus gegen die NATO-Erweiterung unterstrichen. „Wir erheben kategorisch Einspruch gegen die Erweiterung der NATO nach Osten“, zitiert ihn die Interfax. Er betont erneut die Schlüsselrolle, die Moskau der OSZE bei der Bildung einer friedlichen europäischen Sicherheitsarchitektur beimißt und in deren Richtung es auch Einfluß ausübt. Die OSZE müsse dabei die klärende Organisation werden und Priorität vor der NATO haben.

Ohne Teilnahme Rußlands dürfen keine europäischen Sicherheitsfragen entschieden werden, so stellte der russische Ministerpräsident klar. Der Dialog mit der Russischen Föderation muß nach meiner Meinung auch aus diesem Grunde wieder aufgenommen werden. Denn es ist für den rein europäischen Charakter der WEU von großem Interesse, wieder mit der Russischen Föderation zu sprechen. Besondere Beachtung habe ich in meinem Beitrag auch der Situation der baltischen Staaten gewidmet und deren Sicherheitsbedenken einfließen lassen. Wenn schon nicht die NATO-Mitgliedschaft, so streben sie doch eine baldige Mitgliedschaft in der Europäischen Union und der WEU an, was deren Sicherheitslage im internationalen Klima sicherlich erheblich stärken würde.

Leider hindert die baltischen Staaten auf dem Weg zur baldigen WEU-Mitgliedschaft die Erklärung der WEU-Mitgliedstaaten vom Dezember 1991 in Maastricht, derzufolge eine volle Mitgliedschaft in der

WEU nur den Staaten gewährt werden kann, die sowohl Mitglieder der EU als auch Mitglieder der NATO sind.

Diese Regel im Zusammenhang mit verschiedenen sicherheits- und verteidigungspolitischen Maßnahmen einer Reihe europäischer Staaten hat jetzt zu Anomalien geführt, die die Einrichtung einer europäischen Sicherheitsarchitektur, welche die im Verlauf der bewegten Geschichte Europas entstandenen Besonderheiten und Eigenarten berücksichtigt, nunmehr verhindert.

Meine Empfehlung im Bericht lautet, daß diese Maastricht-Erklärung zu überprüfen sei und man innovative Lösungen für die Sicherheitsvereinbarungen finden sollte, die eine NATO-Mitgliedschaft für zukünftige WEU-Mitglieder abschafft.

Ich habe hier und heute in meinem offenen Bericht bewußt der Versammlung und besonders dem Rat einige heikle Fragen gestellt und wollte auch provozierend auf den Rat wirken, damit er sich der Probleme der Verteidigung und Sicherheit in einem erweiterten Europa annimmt und sich mit ihnen auseinandersetzt. Der Bericht sollte aufrütteln, damit sich der Rat zukünftig äußert.

Ich bin seit sechs Jahren Mitglied dieser Versammlung. Wir alle haben unsere Berichte in der Hoffnung gefertigt und abgeliefert, daß das eine oder andere Ergebnis aus diesen Berichten gezogen werden kann. Ich habe immer wieder festgestellt, daß die Berichte möglicherweise gelesen, aber kaum umgesetzt werden und viele Berichte von uns schlichtweg in der Schublade verschwanden. Es geht mir persönlich auch um das Selbstverständnis dieser Versammlung und dieses Parlaments der WEU. Ich denke schon, daß die Ergebnisse der von uns formulierten Berichte, in die wir sehr viel Arbeit hineinstecken, für die wir sehr viele Reisen unternehmen und sehr viele Gespräche führen, nicht nur ein Beschäftigungsprogramm für uns Politiker, für die Sekretäre oder für die Mitarbeiter unserer Delegation sein soll, sondern eben auch für den Rat eine Anregung, diese Berichte umzusetzen.

Ich möchte gerne mit meinem Bericht Einfluß auf den Rat nehmen. Ich habe im letzten Jahre schon einmal einen Bericht über die Sicherheitslage der baltischen Staaten und der Ostseeanrainer mit dieser Zielsetzung erarbeitet. Auf diesen Bericht ist keine Antwort erfolgt. Ich bin einmal gespannt, was dieser Ihnen vorliegende Bericht nun an Antworten aus dem Rat bringt. Ich würde mir wünschen, daß man vielleicht zukünftig unsere Berichte mehr als bisher respektiert und umsetzt.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Ganz besonders darf ich dem Sekretär, Herrn Floris de Gou, für seine engagierte Mitarbeit bei der Erstellung dieses Berichtes danken. Ich darf mich auch ganz herzlich bei den Kollegen aus dem Verteidigungsausschuß bedanken, daß sie meinen Bericht einstimmig verabschiedet haben. Ich freue mich auf die Diskussion mit Ihnen.

Herzlichen Dank

Abg. **Günter Marten** (CDU/CSU)*). – Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender, daß ich die Gelegenheit bekomme, kurz zu antworten. Ich will es so schnell wie möglich machen, weil die Zeit schon vorangeschritten ist.

Für die Bemerkungen – sowohl für die positiver als auch für die negativer Art – bedanke ich mich ganz herzlich. Bei den Beiträgen haben die Länder im Vordergrund gestanden, die sich um eine Aufnahme in die NATO bemühen und vielleicht als neue Partner in die NATO kommen. Es ist aber sicherlich auch richtig, daß wir ebenfalls an die baltischen Staaten sowie an Rumänien, Bulgarien und gegebenenfalls an die Ukraine denken. Darauf bezieht sich ein Änderungsantrag. Ich begrüße dies auch. Diesen Ländern wird auf diese Weise Sicherheit geboten.

Über die Zukunft der WEU haben wir viel und lange gesprochen. Ich möchte hier nicht weiter darauf eingehen.

Was sozusagen eine automatische Verbindung zwischen NATO, WEU und EU angeht – dazu ist von unserem polnischen Kollegen Stellung genommen worden –, so ist zu sagen, daß es in dieser Hinsicht auch geteilte Meinungen gibt. Es gibt sicher eine Menge Politiker und somit auch eine Menge beitragswilliger Länder, die die Mitgliedschaft in der NATO als Schlüssel benutzen möchten, um in die EU zu kommen.

Im Blick auf die NATO insgesamt möchte ich auf die Anmerkungen in der Diskussion mit Gegenfragen antworten. Ich frage einmal: Wollen wir denn eigentlich die alte NATO noch oder nicht? Gibt es mittlerweile nicht schon eine neue NATO, ohne daß wir es gemerkt haben? Wird es in Zukunft nicht eine europäische NATO geben, in der weniger US-Einfluß, der in dem letzten Beitrag kritisiert worden ist, zu verzeichnen ist? Diese Fragen gebe ich gewissermaßen zurück. Alles andere, was ich sonst dazu sagen könnte, wäre eine Darlegung meiner persönlichen Einstellung.

Die NATO wird nach meiner Einschätzung mehr und mehr zu einer strategischen Heimatregion werden. Dies beziehe ich insbesondere auf die baltischen Staaten, die sich gewissermaßen in einer Randzone – von dieser Randzone war vorhin die Rede – befinden. Ich meine schon, daß das Denken auf der Basis des Begriffes einer strategischen Heimatregion dann auch langsam zumindest in den nordeuropäischen Ländern Fuß fassen wird. Ich denke, daß wir zusammen mit den Ländern, die an der Ostseeküste angesiedelt sind, aber auch mit den Ländern bis hinunter nach Rumänien und Bulgarien zu einer strategischen Heimatregion kommen könnten, die Sicherheit bietet und die wir zukünftig dann vielleicht europäische NATO oder neue NATO nennen könnten. Diese Länder möchte ich in diesem Bereich gerne eingeordnet wissen, um ihnen Sicherheit zu bieten. Das hat nichts damit zu tun, daß, wie unser Kollege aus Italien befürchtet, der Einfluß der militärischen Länder auf die Sicherheitsarchitektur in der neuen NATO zurückgedrängt wird. Das ist nicht der Fall.

*) Schlußbemerkung des Berichterstatters

Wenn unser Kollege Polydoros von einer gefährlichen Mischung von Vollmitgliedschaft in der WEU und anderen Positionen ausgeht, so irrt er sich meines Erachtens. Ich bin auch nicht der Meinung, daß wir hier von einem Feindbild sprechen sollten. Wir haben im Bereich der GUS-Staaten und auch in den Staaten darum herum – ich denke ganz besonders an das Problem mit Weißrußland; ich will dazu nichts weiter ausführen – Probleme. Es geht durchaus darum, daß wir den Randstaaten, den Anliegerstaaten um die GUS-Staaten herum einen Bezugspunkt in Richtung WEU und EG geben sollten. Wir sollten diesen Staaten durch eine Erweiterung nach Osten auch Sicherheitsgarantien bieten. Die GUS-Staaten sollten dabei natürlich nicht als Feindbild dienen. Eine solche Sicht liegt uns völlig fern. Ich weise so etwas schärfstens zurück, falls es so gemeint gewesen sein sollte, wie es bei der Formulierung klang.

Herr Selva sagte, meine Vorschläge seien wenig konkret. Das ist eine Sache der Beurteilung. Ich will nicht näher darauf eingehen. Eines möchte ich jedoch klarstellen. Was ich auf Seite 5 unter Betonung dessen geschrieben habe, daß eine NATO-Erweiterung keineswegs überstürzt werden sollte, um die Feiern zum 50jährigen Bestehen des Nordatlantischen Bündnisses im Jahr 1999 noch triumphaler zu begehen, habe ich auch vorhin formuliert. Ich habe manche Sätze in meinem Bericht so formuliert, daß mancher, der sie liest oder hier zuhört, sozusagen aus dem Sessel kommt.

Damit wollte ich deutlich machen, daß Termine nicht so wichtig sind wie tatsächliche Ergebnisse. Ich wünsche mir schon, daß wir diese Ergebnisse hier und heute in der WEU schaffen.

Herr Korakas, daß Ihnen mein Bericht nicht gefällt, bedaure ich sehr. Das kann ich so allerdings auch verstehen und akzeptieren. Ich habe in meiner einleitenden Rede gesagt, daß wir mit der WEU einen europäischen Verteidigungsarm haben und uns der Strukturen der NATO bedienen wollen und können; das hatte ich mit einem Fragezeichen versehen.

Das würde aus meiner Sicht allerdings den übermäßigen US-Einfluß im Bündnis zurückdrängen. Das ist ganz klar, und darüber müssen wir offen reden, ohne daß wir vor Amerika irgendwie einknicken. Wir müssen über diesen Punkt ganz offen reden: Wird es in dieser neuen NATO zu einer Einflußeinbuße seitens der Amerikaner kommen oder nicht? Diese Frage werden wir politisch zu beantworten haben, jeder in seinem Land für sich allein, und zwar auch in der Zukunft.

Weiter habe ich gesagt, daß die Entscheidung zur Übernahme von NATO-Ressourcen natürlich hier bei uns fallen muß. Dann kann die WEU in möglichst unkonventioneller und eigenverantwortlicher Arbeit die NATO unabhängig nutzen – ich will nicht sagen: benutzen –, nämlich deren Ressourcen, um deren Operationen politisch und militärisch zu steuern. Ich glaube, das ist völlig korrekt.

Einen deutschen Einfluß über die baltischen Staaten zu sichern, halte ich, gelinde gesagt, für etwas frech uns gegenüber. Denn wir bemühen uns sehr – beson-

ders als Deutsche, die wir hier in der Versammlung sind –, gerade in diesem Bereich aus der Geschichte heraus, angefangen von Polen bis nach Estland, um Freundschaft zu werben. Ich denke auch, es war gut, daß mein Kollege aus Norwegen geantwortet hat. So kann ich mir eine Antwort ersparen, so brauche ich nicht als Deutscher zu antworten.

Wir möchten den Polen und den baltischen Staaten helfen, die an der Ostsee angesiedelt sind, und zwar nicht nur sicherheits-, sondern auch wirtschaftspolitisch. Da sind wir – das behaupte ich einfach einmal so – in Deutschland auf einem guten Weg, allerdings auch ohne zu vergessen, daß wir den Dialog mit Rußland nach wie vor wollen und in all den Bereichen unterstützen, die uns zur Verfügung stehen.

Ansonsten ist der Bericht von Ihnen allen wohlwollend aufgenommen worden. Ich darf mich ganz herzlich bei Ihnen allen für die engagierte Diskussion hier bedanken. Ganz besonders darf ich mich dafür bedanken, daß unser Vorsitzender im Verteidigungsausschuß, unser Kollege Baumel, diesen Bericht so wohlwollend und in der ganzen Terminführung tolerant begleitet hat. Noch einmal ganz herzlichen Dank!

Empfehlung 601

betr. Verteidigung und Sicherheit in einem erweiterten Europa – Antwort auf den Jahresbericht des Rates

Die Versammlung,

- i. mit Genugtuung über die vom Nordatlantikrat am 3. Juni 1996 in Berlin getroffenen Entscheidungen zur Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI), die zur Schaffung einer sichtbaren und lebensfähigen Fähigkeit Europas im Hinblick darauf führen sollte, Aufgaben zu übernehmen in bezug auf die Sicherheitsrisiken, denen Europa sich gegenübersteht;
- ii. die Auffassung vertretend, daß die Entwicklung der ESVI innerhalb der NATO nur dann erfolgreich sein kann, wenn das Atlantische Bündnis in der Lage ist, in enger Zusammenarbeit mit der WEU das Konzept der Alliierten Streitkräftekommandos (CJTF) umzusetzen, in Übereinstimmung mit dem Kommuniqué von Berlin und nach Maßgabe der von den Verteidigungsministern des Nordatlantikrates auf ihrem Treffen am 13. Juni 1996 in Brüssel festgelegten Richtlinien;
- iii. in dem Bewußtsein, daß die Entwicklung der ESVI innerhalb der NATO und die Umsetzung des CJTF-Konzeptes eng mit der Reform der Kommandostruktur der NATO zusammenhängen, die zur Zeit in der Langzeitstudie des Militärausschusses der NATO vorbereitet wird;
- iv. die Auffassung vertretend, daß die zukünftige militärische Kommandostruktur der NATO die militärische Leistungsfähigkeit sicherstellen, die transatlantische Verbindung erhalten und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität deutlich widerspiegeln sollte;
- v. in der Erkenntnis, daß die ESVI innerhalb der NATO durch eine Identifizierung der Truppen und Fähigkeiten eingerichtet werden wird, durch Planung und Übungen der Streitkräfte sowie durch die Festlegung der europäischen Kommandovereinbarungen für Operationen unter Führung der WEU;
- vi. die Auffassung vertretend, daß die WEU nun die Grundsätze und Vorkehrungen klären muß für eine Beteiligung der anderen europäischen Bündnispartner, die keine Vollmitglieder der WEU sind, an jeder Phase der Operationen unter Führung der WEU, bei denen Truppen und Fähigkeiten der NATO zum Einsatz kommen, einschließlich der Vorbereitungs- und Durchführungsphasen;
- vii. mit Genugtuung darüber, daß die WEU aktiv an der Umsetzung des CJTF-Konzeptes beteiligt ist und der NATO bereits repräsentative Beispiele für mögliche Operationen unter Führung der WEU vorgelegt wurden;
- viii. unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Erweiterungsprozeß der NATO die Ratifizierung des START II-Vertrags durch das Russische Parlament ernsthaft beeinträchtigen und dazu führen könnte, daß Rußland grundlegende Änderungen an dem Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) fordert;
- ix. angesichts dessen, daß die Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität als Folge ihrer Entstehung innerhalb der NATO vollständig vom Nordatlantikrat abhängen wird, der nicht nur die Freigabe von Truppen und Fähigkeiten der NATO für Operationen unter Führung der WEU genehmigen muß, sondern ebenfalls ihren Einsatz überwachen und fortlaufend prüfen wird, einschließlich des Rechts, diese Truppen zurückzuberufen, damit die NATO in der Lage ist, ihre eigenen traditionellen und neuen Missionen durchzuführen;
- x. angesichts dessen, daß die Beschlüsse des Nordatlantikrates über die Genehmigung der Freigabe von Truppen und Fähigkeiten der NATO für Operationen unter Führung der WEU und die Rückberufung solcher Truppen einstimmig gefaßt werden müssen aufgrund ihrer grundlegenden Bedeutung für den Erfolg von Operationen unter europäischer Führung;
- xi. in der Überzeugung, daß die Entwicklungen, die beim Aufbau einer europäischen Sicherheitsarchitektur, bei der Festlegung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität und bei den Erweiterungsprozessen der NATO, der EU und WEU stattgefunden haben, es erforderlich machen, die WEU-Erklärung von Maastricht vom 10. Dezember 1991 erneut zu überprüfen mit dem Ziel, einflussreichere Lösungen für Sicherheitsvereinbarungen vorzuschlagen, an denen europäische Nicht-NATO-Mitgliedstaaten beteiligt sind;

- xii. in Anbetracht dessen, daß die Möglichkeit, die Regelung abzuschaffen, nach der eine Mitgliedschaft in der NATO die Voraussetzung für eine WEU-Mitgliedschaft ist, besondere Aufmerksamkeit verdient, auch wenn eine Mitgliedschaft in beiden Organisationen wünschenswert ist;
 - xiii. angesichts dessen, daß jede NATO-Erweiterung, die die Sicherheit in Europa verstärken soll, nur das Resultat eines sorgfältigen Dialogprozesses sein kann, nicht nur mit Kandidaten für eine frühzeitige Mitgliedschaft, sondern auch mit allen anderen europäischen Nicht-NATO-Mitgliedstaaten, die ein Interesse an der Wahrung von Sicherheit und Stabilität in Europa haben;
 - xiv. unter Betonung dessen, daß eine NATO-Erweiterung keinesfalls überstürzt werden sollte, nur um den Feiern zum 50jährigen Bestehen des Atlantischen Bündnisses im Jahre 1999 noch mehr Glanz zu verleihen;
 - xv. feststellend, daß eine frühzeitige Erweiterung der NATO um lediglich einige ausgewählte mitteleuropäische Länder ohne eine sorgfältige Berücksichtigung der Sicherheitserfordernisse anderer mitteleuropäischer Länder sich negativ auf die Stabilität in der Region auswirken könnte;
 - xvi. unter Betonung dessen, daß parallel zu einer begrenzten Erweiterung der NATO zufriedenstellende Vereinbarungen mit den Ländern getroffen werden müssen, die um eine Mitgliedschaft gebeten haben, jedoch nicht zur ersten Gruppe der neuen Mitgliedstaaten gehören werden;
 - xvii. mit Bedauern über die völlig unbefriedigende Antwort des Rates auf die spezifischen Vorschläge, die die Versammlung in ihrer Empfehlung Nr. 585 betreffend Sicherheit und militärische Zusammenarbeit im Ostseeraum vorgelegt hat,
- 3. die Grundsätze und Vorkehrungen zu klären für eine Beteiligung anderer europäischer Bündnispartner, die keine Vollmitglieder in der WEU sind, an allen Phasen der Operationen unter Führung der WEU, bei denen Truppen und Fähigkeiten der NATO zum Einsatz kommen, einschließlich der Vorbereitungs- und Durchführungsphasen;
 - 4. den Dialog mit der Russischen Föderation und der Ukraine wiederaufzunehmen, der angesichts des rein europäischen Charakters der WEU für beide Seiten von größtem Interesse sein könnte;
 - 5. die Anerkennung der Tatsache zu fordern, daß alle Mitgliedstaaten, wenn sie die Ausarbeitung von kohärenten, unabhängigen Sicherheitsvereinbarungen durch Europa wünschen, angemessene Verteidigungsressourcen zur Verfügung stellen und auf gerechte Weise zur Wahrung der europäischen Sicherheit bzw. der internationalen Stabilität beitragen müssen.

Tagesordnungspunkt

Ansprache des belgischen Verteidigungsministers, Jean-Pol Poncelet

(Themen s. S. 5)

Dienstag, 3. Dezember 1996

Tagesordnungspunkt

Die parlamentarische Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum

(Drucksache 1544)

Berichterstatter:

Abg. Sir John Hunt (Vereinigtes Königreich)

EMPFIEHLT DEM RAT,

- 1. der Position der baltischen Staaten bei der Ausformung der europäischen Sicherheitsarchitektur besondere Aufmerksamkeit zu widmen, indem er die in der Empfehlung 585 der Versammlung enthaltenen Vorschläge billigt, denen er bis jetzt noch nicht Folge geleistet hat;
- 2. die derzeitige Politik der WEU in bezug auf die Bedingungen für eine Mitgliedschaft zu überprüfen mit dem Ziel, einfallreichere Lösungen für die Sicherheitsvereinbarungen vorzuschlagen, an denen europäische Nicht-NATO-Mitgliedstaaten beteiligt sind, insbesondere dadurch, daß man die Möglichkeit erwägt, die Regelung abzuschaffen, nach der eine Mitgliedschaft in der NATO Voraussetzung ist für eine Mitgliedschaft in der WEU, und dabei mit dem Ziel des Erreichens einer wirklichen ESWI auch die Vorteile einer Übereinstimmung bei der Zusammensetzung der Mitgliedschaft in der WEU, der NATO und der EU zu berücksichtigen;

Leni Fischer (CDU/CSU). – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, der vorliegende, sehr kenntnisreiche Report von Sir John Hunt und Mrs. Aytaman gibt ein gutes und umfassendes Bild der Probleme, denen sich die Schwarzmeerstaaten gegenübersehen. Er zeigt auch die Initiativen und Chancen zu ihrer Überwindung auf.

Ökonomische und Umweltfragen stehen bei der Black Sea Economic Cooperation zu Recht im Vordergrund. Im Juli dieses Jahres hatten wir eine gemeinsame Konferenz der Parlamentarischen Versammlungen des Europarats und der Schwarzmeerkoooperation in Istanbul zum Thema Verschmutzung durch den Schiffsverkehr, speziell durch die Öltanker, und Gefährdung des Schwarzen Meeres durch das Umkippen und die dortige Verschmutzung. Viele der Schiffe, die durch den Bosphorus fahren, speziell die Öltanker, sind in einem beklagenswerten Allgemeinzustand und tuckern wie tickende Zeitbomben übers Meer. Fast jedes dieser Schiffe hat eine Ladung an Bord, die schon für sich allein für eine potentielle Ölpest und eine weitere Verschmutzung ausreicht.

Wir waren sehr froh über die Zusammenarbeit, die wir auf diese Art und Weise zwischen dem Umweltausschuß der Versammlung und der Parlamentarischen Versammlung der Black Sea Economic Cooperation haben erneuern können. Im Zusammenhang mit den bedrückenden Umweltproblemen der Region war natürlich die Wahl Istanbuls als Tagungsort von beinahe symbolischer Bedeutung, weil dort einen Monat früher die Habitat-II-Konferenz stattgefunden hatte.

Der Schlüssel zur politischen Stabilität liegt eben auch in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen und in einer prosperierenden Wirtschaft. Gerade für diejenigen der Anrainerstaaten, deren politische Systeme zum Teil noch jung sind und in denen sich Demokratie und freie soziale Marktwirtschaft noch im Aufbau befinden, ist dies ganz wichtig.

Für mich von besonderer Wichtigkeit ist, daß auch wir hier in der WEU – wenn wir in die Grundlagen des Vertrages gucken, wird das ganz klar – die Definition von Sicherheit weitertreiben müssen, als nur einfach von militärischer Sicherheit zu sprechen. In Verbindung mit dem OSZE-Gipfel und dem zweiten Gipfel des Europarats Ende nächsten Jahres wird, glaube ich, die Frage der Definition von Sicherheit eine große Rolle spielen.

Eine besondere Aufgabe kommt den älteren Demokratien unter den Mitgliedstaaten zu, auch denen, die bereits über eine besonders enge Assoziierung mit den europäischen Institutionen verfügen und mit ihnen zusammenarbeiten oder über eine Mitgliedschaft verfügen.

Ich halte gerade den Bericht von Sir John Hunt, den wir hier heute diskutieren, für so wichtig für den Austausch mit anderen Parlamenten, also mit denen der EU, des Europarats und, wie gesagt, der WEU. Dieser Austausch dient nicht nur der Unterstützung der Schwarzmeerstaaten, ihrer Wirtschaft, ihrer Umwelt und ihrer politisch-parlamentarischen Kultur. Er sensibilisiert auch Nichtanrainerstaaten für die Probleme, die über die Region weit hinausreichen und uns nicht kalt lassen können. Regionale Stabilität und eine intakte Umwelt liegen auch im Interesse Westeuropas, und das eben nicht nur im Hinblick auf die Geeignetheit potentieller Kandidaten für den Beitritt zu europäischen Zusammenschlüssen oder zum euro-atlantischen Bündnis.

Noch ein Gedanke zum Stichwort Beitrittskandidaten. Ich bin der Meinung, daß wir regionale Zusammenschlüsse wie die Schwarzmeerkooperation gerade auch deshalb unterstützen sollten, weil sich die Staaten mit gemeinsamen Interessen, gemeinsamen Sorgen und gemeinsamen Problemen regional organisieren und die Probleme selbst angehen, ohne auf die Mitgliedschaft in einem Verbund ökonomisch starker Partner zu warten und ansonsten die Hände in den Schoß zu legen.

Ich denke, diese Eigeninitiative und die regionale Stabilität müßten von uns in besonderem Maße unterstützt werden.

Die WEU und ihre Parlamentarische Versammlung wie auch der Europarat mit seiner Parlamentarischen

Versammlung können, sollten und müssen hier ihren Beitrag leisten. Deswegen begrüße und unterstütze ich von ganzem Herzen diesen Bericht.

Herzlichen Dank.

Wolfgang Behrendt (SPD). – Vielen Dank, Herr Präsident.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sir John Hunt und Mrs. Aytaman haben einen sehr kenntnisreichen und informativen Bericht vorgelegt, zu dem ich sie beglückwünschen möchte.

Ich hatte ebenso wie die Kollegin Frau Fischer Gelegenheit, als Vertreter des Europarates an der diesjährigen ersten interparlamentarischen Konferenz zum Schutz des Schwarzen Meeres in Istanbul teilzunehmen und möchte deshalb ein paar Anmerkungen machen, mit denen ich die Forderungen der Berichterstatter unterstütze, daß wir als Westeuropäische Union dieser Region in Zukunft noch mehr Aufmerksamkeit schenken sollten.

Der Schwarzmeerraum steht heute, insbesondere nach dem Verfall der ehemaligen Sowjetunion, vor vielfältigen wirtschaftlichen und ökologischen Problemen. Deren Ursachen sind zwar weitestgehend analysiert und erkannt worden, doch Besserung ist – jedenfalls kurzfristig – nicht in Sicht. Exemplarisch für die großen ökologischen Probleme der Region steht das Schwarze Meer, dessen Zerstörung dramatische Ausmaße angenommen hat. Die schon erwähnte Schwarzmeerkonferenz in Istanbul hat deutlich gezeigt: Werden nicht umgehend weltweite Hilfsaktionen und Maßnahmen ergriffen, wird sich das Schwarze Meer in ein totes Meer verwandeln.

Die Ursachen dieser Umweltkatastrophe sind sehr komplex: Die Degradierung des Schwarzen Meeres ist das Ergebnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Fehlentwicklungen, von Industrialisierung und Urbanisierung, mangelhaften Transportsystemen, Tourismus und ähnlichem. Eine Lösung des Problems ist nicht allein von den Küstenstaaten zu leisten. Das Schwarze Meer wird durch die Zufracht von Flüssen belastet, deren Einzugsgebiet ein Drittel der europäischen Landfläche umfaßt und die aus insgesamt 17 europäischen Staaten mit einer Bevölkerung von 160 Millionen Einwohnern kommen – Zahlen, die deutlich vor Augen führen, daß nur eine umfassende Zusammenarbeit aller direkt und indirekt beteiligten Verursacherländer zur Rettung des Schwarzen Meeres beitragen kann.

Die aktuellen ökologischen, aber auch ökonomischen Probleme zeigen, daß eine endogene Entwicklung in den einzelnen Staaten zur Überwindung der vorhandenen Schwierigkeiten allein nicht ausreicht. Sie sind auf regionale und überregionale Unterstützung und Zusammenarbeit angewiesen. Deshalb wird zu Recht in dem vorliegenden Bericht die Bedeutung regionaler Initiativen der Zusammenarbeit, wie es die Schwarzmeerwirtschaftskooperation darstellt, hervorgehoben. Es ist anzuerkennen, daß hier bereits erste Erfolge erzielt worden sind, die zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme, aber auch zur Verbesse-

rung der Umweltbedingungen in der Schwarzmeerregion beitragen.

Der Ausbau der Schwarzmeerwirtschaftskooperation erfordert aber auch eine differenzierte Unterstützung durch die Europäische Union. Ohne Zweifel hat die Europäische Union bisher noch nicht adäquat genug auf die spezifischen Anforderungen reagiert, die sich aus der besonderen Situation der Schwarzmeerkonferenz als einer Kooperation zwischen Mitgliedstaaten der EU, assoziierten Staaten und Drittstaaten ergeben. Hierbei scheint mir folgendes wichtig:

Erstens. Die Unterstützung durch die EU darf sich nicht allein auf die unbestritten notwendigen Finanztransfers beschränken, sondern muß vor allem gesellschaftliche Kooperation in allen Bereichen einbeziehen.

Zweitens. Die auf bilateraler Ebene unterschiedlichen Beziehungen einzelner Schwarzmeerstaaten zur EU müssen beibehalten werden, ohne daß dies die Bedeutung der Schwarzmeerk Kooperation mindert. Würden nämlich einflußreiche Staaten wie die Türkei oder Rumänien dazu verleitet, sich aus der Kooperation zurückzuziehen, würde diese geschwächt und damit das Ziel der Europäischen Union – auch wir unterstützen es voll und ganz –, regionale Initiativen zu fördern, verfehlt. Die Europäische Union würde andererseits an Einfluß verlieren, wenn sich gerade ihr eng verbundene und einflußreiche Staaten wie die Türkei aus der Kooperation herauslösen.

Dies zeigt: Wollen wir eine langfristige Lösung der vielfältigen wirtschaftlichen und ökologischen Probleme – damit hängt auch eng die Verteidigungsfähigkeit dieses Raumes zusammen – sowie Stabilität und nachhaltige Entwicklung sowohl in der betroffenen Region als auch in ganz Europa erreichen, dann ist eine Strategie notwendig, in deren Zentrum multilaterale Kooperation und nicht bilateraler Austausch stehen. Dann besteht auch die Hoffnung, daß sich die Worte des verstorbenen türkischen Staatspräsidenten Özal erfüllen, daß das Schwarze Meer „als ein Meer des Friedens und der Zusammenarbeit in der Region zum Wohlstand der Länder an seinen Ufern beitragen“ wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Richtlinie 100

betr. die parlamentarische Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum

Die Versammlung,

- i. unter Hinweis auf die Bedeutung der regionalen Initiativen der Zusammenarbeit in Europa als einem Faktor, der zur politischen Stabilität des Kontinents beiträgt;
- ii. mit Genugtuung die Entwicklung einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum feststellend;
- iii. betonend, daß die interparlamentarische regionale Zusammenarbeit, verkörpert durch die Parlamentarische Versammlung der Schwarzmeerkoo-

operation, eine wichtige Rolle bei der wirtschaftlichen Konvergenz und dem Ausbau eines politischen Dialogs zwischen den hieran beteiligten Mitgliedstaaten spielt;

- iv. feststellend, daß durch die regionale Zusammenarbeit Fortschritte erzielt wurden und insbesondere die Anstrengungen begrüßend zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme und zur Verbesserung der Umweltbedingungen im Schwarzmeerraum;
- v. unter Hinweis auf die Notwendigkeit, dauerhafte und ausgewogene Lösungen für die Konflikte zwischen einigen Staaten in der Region zu finden unter Wahrung ihrer territorialen Integrität und Souveränität;
- vi. jedoch in Anbetracht der Unzulänglichkeit der regionalen Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen sowie der Auswirkungen, die durch die mögliche Aufnahme einiger Küstenstaaten in die NATO auf die zukünftigen Beziehungen Westeuropas zur Russischen Föderation und der Ukraine entstehen könnten;

WEIST IHREN PRÄSIDENTIALAUSSCHUSS AN,

1. zu erwägen, ob eine Zusammenarbeit im größeren Umfang mit der Parlamentarischen Versammlung der Schwarzmeerk Kooperation in Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich letzterer fallen und Sicherheitsauswirkungen haben, angemessen wäre und die Vorkehrungen für eine derartige Zusammenarbeit zu prüfen;
2. in das Verzeichnis der Verhandlungsgegenstände der Versammlung einen Bericht über die Auswirkungen der Erweiterung der NATO und der Europäischen Union auf den Schwarzmeerraum aufzunehmen, wobei der besondere Schwerpunkt in diesem Bericht auf den Auswirkungen liegen soll, die die Erweiterung auf die internationalen Schifffahrtsregeln, wie in dem Übereinkommen von Montreux aus dem Jahre 1936 festgelegt, für die Schifffahrtsstraßen im Schwarzmeer haben könnte.

Tagesordnungspunkt

Luftgestützte Überwachung

(Drucksache 1547)

Berichterstatter:

Abg. Christian Lenzer (Bundesrepublik Deutschland)

Christian Lenzer (CDU/CSU). – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der heutige Bericht über ein luftgestütztes Aufklärungssystem ist – so könnte man formulieren – ein Bericht in einer Reihe von anderen, die bereits traditionell dieser Versammlung hier vorgelegt und in ihr debattiert wurden. Er bildet eine wichtige Ergänzung zu dem Bericht, der hier vor noch nicht allzulanger Zeit über ein weltraumgestütztes Beobachtungssystem abgegeben und verabschiedet wurde.

Lassen Sie mich zunächst einige Bemerkungen zum politischen Hintergrund machen: Wir wissen, daß wir uns in einer schwierigen Welt befinden, die durch

den Fall der Mauer, durch die Einebnung des Ost-West-Konflikts und durch die Beendigung des Kalten Krieges nicht einfacher geworden ist. Während in früheren Jahren die strategische Beurteilung der politischen Situation relativ einfach war, weil sie sich auf klare Parameter stützte, leben wir jetzt mit dem Risiko vieler regionaler und lokaler Konflikte, die von der Weltgemeinschaft schnell gehandelt werden müssen.

Angemessene Reaktion ist wichtig; dazu bedarf es einer schnellen, einer zuverlässigen, einer kontinuierlichen und einer genauen Sammlung von Daten. Wie geschieht dies? Wir sind der Auffassung, daß dies am besten durch eine Art gemischtes System geschehen kann. An erster Stelle – ich sagte bereits, daß wir uns damit beschäftigt haben – steht das weltraumgestützte System mit Satelliten. Hier gibt es bereits Anfänge, etwa den französischen Nachrichtensatelliten Helios 1. Die WEU hat sich selbst mit einem Satellitenzentrum in Torrejón ausgestattet. Sie werden der Empfehlung in diesem Bericht entnehmen, daß alle Fachpolitiker aus dem zuständigen Ausschuß Sie herzlich einladen, sich einmal vor Ort zu informieren, und die Mitgliedstaaten ebenfalls bitten, sehr viel stärker, als es bisher der Fall ist, von den in diesem Satellitenzentrum vorhandenen und ausgewerteten Daten Gebrauch zu machen.

In der Petersberger Erklärung vom 19. Juni 1992 ist die neue operative Rolle der Westeuropäischen Union umschrieben worden. Wenn man neue operative Aufgaben übernimmt, muß dies auf einer gesicherten Datenbasis geschehen. Ich sagte bereits: Die Daten müssen schnell, zuverlässig, kontinuierlich und genau gesammelt werden. Was ist damit gemeint? Schnell: Ohne große Vorbereitungen in Realzeit – wie es in der EDV-Sprache heißt – müssen die Daten den politischen Entscheidungsträgern zur Verfügung stehen. Sie müssen auch zuverlässig sein: Es besteht keine Zeit, das Ganze noch einmal zu diskutieren und zu überprüfen. Sie müssen kontinuierlich geliefert werden: Bei einem Satelliten kann es beispielsweise über 100 Minuten dauern, bis er einmal den Orbit zurückgelegt hat. Wenn er in verschiedene Umlaufbahnen gelenkt werden kann, kann es Tage dauern, bis er nach langen Intervallen immer wieder zu ein und derselben Bahn zurückkehrt. Und die Nachrichten müssen genau sein. Dies alles kann ein satellitengestütztes System allein nicht bewältigen, so daß wir Ihnen heute in diesem Bericht unsere Meinung zur Entscheidung vorlegen, daß dieses System durch ein taktisches System ergänzt werden muß, das von fliegenden Objekten, also Flugzeugen, Hubschraubern oder auch Drohnen, also unbemannten Flugobjekten, ergänzt werden muß.

Es gibt in diesem Bericht eine Reihe von Hinweisen. Ich möchte mir ersparen, sie im einzelnen aufzuzählen. Ich weise nur beispielhaft darauf hin, daß etwa mit dem bereits bestehenden AWACS-System bisher sehr gute Erfahrungen gemacht worden sind. Im Jahre 1994 hat eine Studiengruppe der NATO damit begonnen, ein Konzept auszuarbeiten. Alle, die sich damit beschäftigen, sind praktisch bei denselben Schwierigkeiten und Herausforderungen gelandet, vor denen man immer steht: Die Bedürfnisse der ver-

schiedenen Nutzer und der verschiedenen Mitgliedstaaten müssen zunächst einmal analysiert und auf einen Nenner gebracht werden. Das Ganze hat eine industriepolitische Komponente wie andere interessante und große High-Tech-Beschaffungsprogramme ebenfalls. In diesem Zusammenhang ist die Frage der industriellen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Mitgliedstaaten wichtig. Das Vereinigte Königreich hat mit seinen Studien über das sogenannte Astor-System bereits etliche Varianten untersucht, die auf zwei Flugzeugtypen basieren: auf der Gulfstream V und dem Global Express, der sich bei Bombardier-Canadair in der Entwicklung befindet. Auf der Farnborough-Luftschau 1996 – dort ist unser Ausschuß traditionell ständiger Gast – wurde auch bereits wieder an ein Upgrading des alten U-2-Aufklärungssystems gedacht. Als weiteres Beispiel, um es dabei bewenden zu lassen, nenne ich Horizon und das französische Mosta-System, das auf dem Muster des Airbus A319 basiert.

Meine Damen und Herren, dies alles haben wir in dem Empfehlungsentwurf zusammenzufassen versucht. Auf größtmögliche Kosteneffizienz haben wir geachtet, genau wie wir bei dem weltraumgestützten System nicht auf der grünen Wiese angefangen, sondern uns auf bereits bestehende Kooperationen wie Helios und einen Radarsatelliten gestützt haben.

Zum Abschluß meiner kurzen Bemerkungen darf ich Ihnen sagen, daß der Bericht im Ausschuß ohne Gegenstimme und Enthaltungen, also einstimmig, gebilligt worden ist. Wenn wir Ihnen heute diesen Bericht zur Entscheidung vorlegen, bitten wir Sie, ihn ebenfalls zu unterstützen.

Ich möchte mich bei unserem Ausschußvorsitzenden, dem Kollegen López Henares, bedanken, zumal heute ein Wechsel im Ausschußvorsitz stattfinden wird. Wir haben immer freundschaftlich und erfolgreich zusammengearbeitet. Dafür bin ich sehr dankbar. Ebenso möchte ich mich für die Unterstützung bei unserem Ausschußsekretär, Herrn Pedregosa, bedanken.

Ich möchte dieses Podium eigentlich nicht verlassen, verehrter Herr Präsident. Es ist, wie ich glaube, der letzte Bericht, der hier unter Ihrer Präsidentschaft vorgelegt wird; denn die heutige Tagesordnung weist aus, daß um 12.00 Uhr „Election of the President“ ansteht. Auch Ihnen ganz herzlichen Dank. Sie waren ja nicht nur Präsident dieser Versammlung, sondern lange Jahre Mitglied in unserem Ausschuß. Auch Ihnen habe ich persönlich viel zu verdanken und freue mich auf eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit. Herzlichen Dank.

Ihnen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

Robert Antretter (SPD). – Herr Präsident! Ich möchte die Zeit nicht über Gebühr in Anspruch nehmen. Ich vertrete aber die Auffassung, daß der Bericht, seine Empfehlungen und sein Gegenstand, zu wichtig ist, als daß er ohne jede Stellungnahme der parlamentarischen Versammlung verabschiedet werden sollte.

Unser Kontinent ist im Wandel. Der Kalte Krieg ist vorüber. Aber sicher ist Europa noch nicht. Kriege

sind ausgebrochen, die viele Opfer und unsägliches Leid gefordert haben. Wohlstand, demokratische Stabilität und Sicherheit sind nach wie vor ungleich verteilt. Darin liegt eine Gefahr für alle. Im Kalten Krieg war dies offensichtlich. Ein dritter nuklear geführter Weltkrieg wäre eine existentielle Gefahr für alle gewesen. Diese Bedrohung ist Vergangenheit.

Dennoch bleibt Europa eine Schicksalsgemeinschaft. Das gilt für Risiken und Chancen gleichermaßen. Kriege, Konflikte und Katastrophen holen uns unweigerlich ein. Menschliches Leid fordert unser Engagement heraus, sei es humanitär, wirtschaftlich oder militärisch. Gewalt und Elend lösen Flüchtlingsbewegungen aus. Lokale Konflikte können sich ausbreiten und die politischen Beziehungen zwischen Drittstaaten belasten. Ökologische Katastrophen kennen ebensowenig Grenzen wie organisierte Kriminalität.

All dies, Herr Präsident, meine Damen und Herren, fordert neue, der Regionalisierung der Chancen wie der Risiken angemessene Antworten. Ich habe den Eindruck, daß, nachdem es uns bis heute nicht gelungen ist, uns eine verbindliche europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität zu geben, auch die NATO diesen Auftrag bis heute nicht zu leisten vermochte.

Es kommt darauf an, daß wir auf einzelnen Feldern realistische, vernünftige, das Vertrauen nicht störende Vorschläge unterbreiten.

Hierzu hat der Bericht von Christian Lenzer einen ganz hervorragenden Beitrag geleistet. Ich danke ihm für die gute Arbeit und wünsche ihm breite Zustimmung.

Christian Lenzer (CDU/CSU). – Herr Präsident! Ich sage nur ein Wort des Dankes an den Kollegen Anretter. Seinen Bemerkungen ist nichts hinzuzufügen. Er hat das ganze Szenario sehr zutreffend beschrieben.

Es liegt jetzt an uns, daraus die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Bei vielen Diskussionen hier und auch in den nationalen Parlamenten habe ich überhaupt immer den Eindruck gewonnen: Man ist sich in vielen Punkten einig, aber an der Umsetzung hapert es, weil der Teufel in der Tat im Detail steckt. Wenn wir die Aufgabe alle gemeinsam anpacken und überall die entsprechende Einsicht und die entsprechende Tatkraft an den Tag legen werden, dann ist mir nicht bange.

Empfehlung 602

betr. die luftgestützte Überwachung

Die Versammlung

- i. In Anbetracht der Tatsache, daß weltraumgestützte Systeme aufgrund bestimmter typischer Merkmale nicht alle Erfordernisse in bezug auf die Überwachung der Erdoberfläche erfüllen, insbesondere im Hinblick auf die Kontinuität der Beobachtung, die Datengenauigkeit und die Flexibilität der Anwendung dieser Systeme;

- ii. daher die Auffassung vertretend, daß Satellitensysteme, die bestimmte strategische Erfordernisse erfüllen sollen, durch luftgestützte Systeme ergänzt werden müssen, die in der Lage sind, den taktischen Erfordernissen zu entsprechen;
- iii. unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die neue geopolitische Lage, welche durch eine große Zahl lokaler Konflikte charakterisiert wird, die möglicherweise weit voneinander auftreten können, eine Bestätigung dafür ist, wie wichtig die oben dargelegten Erfordernisse sind;
- iv. feststellend, daß der kürzliche Konflikt in Bosnien-Herzegowina die Mängel bei der Bodenüberwachung deutlich aufgezeigt und damit bekräftigt hat, daß luftgestützte Einrichtungen als Ergänzung zur Satellitenoption ein sehr wirksamer Weg wären, operationelle Erfordernisse zu erfüllen;
- v. mit Bedauern darüber, daß der Rat die Planungszelle bislang noch nicht beauftragt hat, die übereinstimmenden Punkte bei den Erfordernissen der verschiedenen europäischen Streitkräfte in bezug auf eine luftgestützte Bodenüberwachung zu untersuchen;
- vi. die Auffassung vertretend, daß eine derartige Analyse zu einer Harmonisierung der Erfordernisse der Hauptquartiere führen muß, damit die Erfordernisse der WEU in dieser Hinsicht festgelegt werden können;
- vii. ferner darauf hinweisend, daß die Planungszelle vorläufige militärische Spezifikationen erstellen und damit die Arbeit der WEAG Arbeitsgruppe I leiten könnte, was den besonderen Vorteil haben würde, daß die industriellen Kapazitäten und die Wettbewerbsfähigkeit Europas in diesem Bereich verbessert werden könnte;
- viii. feststellend, daß es innerhalb der NATO eine Studiengruppe gibt, die damit beauftragt ist, die Erfordernisse des Bündnisses in bezug auf die luftgestützte Überwachung festzustellen;
- ix. unter Berücksichtigung der Tatsache, daß diese Überprüfung die Grundlage für die Festlegung der Zahl der notwendigen Systeme und für die Beschaffung der gewählten Systeme sein muß;
- x. in Anbetracht dessen, daß derartige Entscheidungen von größter Bedeutung sind, insbesondere aus industrieller Sicht;
- xi. ferner feststellend, daß verschiedene europäische Staaten in den vergangenen Jahren Investitionen in bezug auf die luftgestützte Überwachung vorgenommen haben, ohne dabei eine einzige Studie im Rahmen der europäischen Zusammenarbeit zu erstellen;
- xii. jedoch feststellend, daß die verschiedenen bislang durchgeführten Untersuchungen viele Ähnlichkeiten aufweisen und damit belegt wird, daß ein hohes Maß an Konvergenz in bezug auf die Notwendigkeiten besteht;

- xiii. in der Erkenntnis, daß es zu einer Zeit, in der die Verteidigungshaushalte in den Mitgliedsstaaten der WEU schwerwiegenden Einschränkungen unterliegen, absolut notwendig ist, eine Definition der europäischen Erfordernisse festzulegen, welche nahezu alle nationalen Erfordernisse widerspiegelt und welche auch einige Punkte enthalten könnte, die auf ganz genau festgelegte Erfordernisse eingehen könnte;
- xiv. schließlich feststellend, daß der Rat der WEU das Satellitenzentrum nur begrenzt nutzt, vor allem angesichts der neuen operationellen Kapazitäten, welche mit dem Satelliten Helios I angeboten werden, und daß der ursprüngliche Aufgabenbereich des Satellitenzentrums auch eine Analyse des Bildmaterials umfaßt, das auf andere Weise als über Satellit erhalten wurde;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. die Planungszelle zu beauftragen, eine Analyse der Bereiche vorzunehmen, in denen die Erfordernisse in bezug auf die luftgestützte Überwachung der verschiedenen Mitgliedstaaten übereinstimmen;
2. zu gewährleisten, daß eine derartige Analyse zu einer Harmonisierung der verschiedenen Erfordernisse führt, und es ermöglicht, die Erfordernisse der WEU in dieser Hinsicht festzulegen;
3. sicherzustellen, daß die verschiedenen europäischen Regierungs- und Industrieprojekte und -programme in diesem Bereich untersucht werden und dabei stets eine größtmögliche Kosteneffizienz berücksichtigt wird;
4. die Planungszelle aufzufordern, vorläufige militärische Spezifikationen festzulegen, welche die Arbeit der Arbeitsgruppe I der WEAG leiten würden und damit dazu beitragen würde, die Kapazitäten und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu verbessern;
5. sicherzustellen, daß die Ergebnisse aller dieser Untersuchungen von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Institutionen, wie z. B. dem Atlantischen Bündnis, berücksichtigt werden, welche in nächster Zeit Entscheidungen über die operationellen Erfordernisse in bezug auf die luftgestützte Überwachung und die Auswahl und Beschaffung der notwendigen Systeme treffen;
6. die Einrichtungen des WEU-Satellitenzentrums und insbesondere die operationellen Kapazitäten von Helios I verstärkt zu nutzen;
7. sicherzustellen, daß die Planungszelle und die Nachrichtendienstliche Abteilung eng in die Arbeit und Nutzung des Satellitenzentrums miteinbezogen werden.

Tagesordnungspunkt

Ansprache des französischen Staatspräsidenten, Jacques Chirac

(Themen s. S. 7)

Tagesordnungspunkt

Die Perspektiven für eine Zusammenarbeit zwischen Europa und Japan im Bereich des Weltraums

(Drucksache 1546)

Berichtersteller:

Abg. Jean Valleix (Frankreich)

Empfehlung 603

betr. die Perspektiven für eine Zusammenarbeit zwischen Europa und Japan im Bereich des Weltraums

Die Versammlung,

- i. angesichts des Interesses, welches eine Zusammenarbeit zwischen Europa und Japan im Bereich des Weltraums in wissenschaftlicher, technologischer und industrieller sowie in strategischer Hinsicht weckt;
- ii. mit Bedauern darüber, daß zahlreiche auf beiden Seiten bestehende Schwierigkeiten diverser Art den Ausbau dieser Zusammenarbeit bis jetzt verhindert haben;
- iii. jedoch mit Genugtuung über das in Kürze von der Europäischen Weltraumorganisation und Japan zu unterzeichnende Abkommen über den Start des europäischen Satelliten Artemis im Jahr 2000 mit dem japanischen H-IIA-Träger und über die Nutzung dieses Satelliten durch Japan, dem zur Zeit größten Kooperationsprojekt zwischen Europa und Japan;
- iv. mit Genugtuung über die bedeutenden Fortschritte, die Japan in den letzten Jahren im Bereich des Weltraums erzielt hat;
- v. feststellend, daß Europas und Japans Interessen, finanzielle Mittel und Prioritäten in bezug auf eine Entwicklung des Weltraums weitgehend übereinstimmen;
- vi. in Anbetracht dessen, daß Japan in einigen Bereichen seiner Weltraumaktivitäten Unabhängigkeit erreicht hat, die es ihm ermöglichen könnte, seine Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten zu überdenken und ausgewogenere Formen der Zusammenarbeit anzustreben, die es ihm erlauben würden, auf internationaler Ebene eine aktivere Rolle zu spielen;
- vii. mit Bedauern darüber, daß der von den Vereinigten Staaten im Rahmen der Handelsverhandlungen ausgeübte Druck die europäischen Satellitenhersteller praktisch gesehen daran hindert, Zugang zum japanischen Markt zu erhalten, obwohl Japan daran interessiert ist, gegenüber dem internationalen Wettbewerb offen zu bleiben;
- viii. mit tiefem Bedauern darüber, daß die Europäische Weltraumorganisation noch kein Büro in Tokio hat, durch das sie vertreten ist und über das sie ihre Beziehungen zu den japanischen

Regierungsbehörden ausbauen kann, und nachdrücklich auf die Notwendigkeit hinweisend, daß die Gespräche über den Status dieses Büros fortgesetzt werden;

- ix. in Würdigung der mit finanzieller Unterstützung von der europäischen Industrie, den nationalen Handelskammern in Japan und der Europäischen Union von der European Business Community in Japan und insbesondere von ihrem Unterausschuß für Weltraumangelegenheiten geleisteten Arbeit zur Förderung der Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen diesen verschiedenen Institutionen und bei der Ausübung der Funktion als Sprecher bei Kontakten mit den japanischen Behörden;
- x. ebenfalls mit Interesse zur Kenntnis nehmend, daß in Japan eine wachsende Tendenz zu verzeichnen ist, die Fähigkeiten für internationale Aktionen, insbesondere im militärischen Bereich, zu stärken;
- xi. mit Genugtuung über die Tatsache, daß Japan seinem Beitrag zur internationalen Sicherheit, insbesondere zu den Friedensmissionen der Vereinten Nationen, eine immer größere Bedeutung beimißt;
- xii. feststellend, daß Japan regelmäßige Kontakte zur Nordatlantikpakt-Organisation unterhält;
- xiii. ferner in Anbetracht des Interesses, mit dem das japanische Außenministerium die Initiativen der WEU in bezug auf die Einrichtung eines europäischen weltraumgestützten Beobachtungssystems verfolgt;
- xiv. angesichts der Bedeutung der zur Zeit in der japanischen Gesellschaft stattfindenden Diskussion über die Möglichkeit, daß sich Japan mit einer unabhängigen Erdbeobachtungsfähigkeit für Sicherheits- und Verteidigungszwecke ausstattet;
- xv. feststellend, daß die vorgebrachten Argumente für den Erwerb einer solchen Fähigkeit identisch sind mit denen, die in Europa dazu geführt haben, ähnliche Entscheidungen zu fällen;
- xvi. in dem Bewußtsein, daß ein solches Projekt von der Öffentlichkeit uneingeschränkt unterstützt und die Öffentlichkeit informiert sowie an den Diskussionen, die zu einer Beschlußfassung führen, beteiligt werden muß;
- xvii. abschließend feststellend, daß Japan über ein Erdbeobachtungszentrum und ein Programm für den Bau eines Testsatelliten für die Datenübertragung verfügt und beide mit Aktivitäten und Projekten übereinstimmen, die für die WEU von größtem Interesse sind,

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. die Mitgliedstaaten nachdrücklich aufzufordern, eine gemeinsame Weltraumstrategie auszuarbeiten, die der europäischen Weltraumindustrie im Hinblick auf die bestehenden Kooperationsmöglichkeiten mit Japan Zugang zum japanischen

Markt verschaffen wird, wobei allen beteiligten japanischen Behörden und Institutionen Rechnung getragen wird, um die Herstellung von Kontakten im Bereich der Technologie und der Industrie auf entsprechenden Ebenen zu ermöglichen;

2. sich zu bemühen, die Probleme zu überwinden, die a) die Europäische Weltraumorganisation daran hindern, ein ständiges Büro in Tokio zu eröffnen mit dem Ziel, den Weg zu ebnen für einen ständigen und vertieften Dialog mit den japanischen Regierungsbehörden und b) die nationalen Weltraumorganisationen der Mitgliedstaaten daran hindern, ihre bilateralen Beziehungen zu Japan zu stärken;
3. gemeinsam mit den Japanern Möglichkeiten für eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Europa und Japan in Bereichen von beiderseitigem Interesse zu diskutieren, wie z. B. bei der Nutzung des Weltraums für zivile und militärische Zwecke und in anderen sicherheitsrelevanten Bereichen;
4. die Arbeitsgruppe für Weltraumfragen aufzufordern, die Möglichkeit zu prüfen, mit den japanischen Behörden einen Dialog aufzunehmen, der geeignet ist, eine zukünftige Zusammenarbeit zu ermöglichen, z. B. bei dem Plan Japans, sich mit einem militärischen weltraumgestützten Beobachtungssystem und einem Testsatelliten für die Datenübertragung auszustatten sowie bei einer eventuellen Kooperation zwischen dem Satellitenzentrum von Torrejón und Japans Erdbeobachtungszentrum und dabei sicherzustellen, daß eine solche Zusammenarbeit sich nicht auf rein strategische Belange beschränkt, sondern auch Fragen aus dem Bereich der Industrie und der Technologie abdeckt.

Tagesordnungspunkt

Die Rolle Europas in Bosnien und Herzegowina

(Drucksache 1553)

Berichterstatter:

Abg. Jan Dirk Blaauw (Niederlande)

Empfehlung 604

betr. die Rolle Europas in Bosnien und Herzegowina

Die Versammlung,

- i. mit Genugtuung über die Entscheidung, die Kommunalwahlen in Bosnien und Herzegowina aufzuschieben, die zum jetzigen Zeitpunkt mit Sicherheit den Friedensprozeß beeinträchtigt und die Stellung und Glaubwürdigkeit von IFOR geschwächt hätten;
- ii. mit Genugtuung über den Beschluß des Nordatlantikrates, eine detaillierte Eventualitätsplanung anzuordnen für eine multinationale Stabilisierungstruppe (SFOR) zur Ablösung von IFOR

- nach Ablauf des IFOR-Mandates am 20. Dezember 1996;
- iii. mit Genugtuung über die von Präsident Clinton erteilte „vorläufige Genehmigung“ für eine Beteiligung von U.S.-Bodentruppen an SFOR bis Mitte des Jahres 1998;
 - iv. in der Überzeugung, daß das Mandat von SFOR sowohl Aufgaben der Abschreckung und der Stabilisierung als auch die Bereitstellung von Unterstützung für die zivilen Behörden umfassen sollte;
 - v. feststellend, daß es dringend erforderlich ist, eine regionale Rüstungskontrollvereinbarung abzuschließen, um die gesamte Balkanregion zu stabilisieren;
 - vi. angesichts dessen, daß die von dem WEU-Polizeikontingent in Mostar unternommenen ernsthaften und fortgesetzten Anstrengungen mit dem Ziel der Überwachung, Beratung und Ausbildung noch nicht zur Schaffung einer Einheitlichen Polizeitruppe der kroatischen und moslemischen Gemeinden geführt haben, wodurch deutlich wird, wie komplex die Aufgabe ist, die Rechtsstaatlichkeit im kriegsgeschüttelten Bosnien und Herzegowina wiederherzustellen;
 - vii. in Anbetracht dessen, daß die jüngsten Zusammenstöße zwischen bosnischen Serben und Moslems, die versuchten, in ihre ehemaligen Heimstätten im Nordosten von Bosnien zurückzukehren die Zerbrechlichkeit des Friedensprozesses deutlich gemacht haben sowie das niedrige Entwicklungsstadium der Rechtsordnung und die mangelnde Effizienz der Internationalen Polizeieinsatztruppe (IPTF), die dazu beitragen sollte, solche Zusammenstöße zu verhindern;
 - viii. feststellend, daß sich die drei Ko-Präsidenten von Bosnien und Herzegowina auf der Konferenz von Paris am 14. November 1996 erneut verpflichtet haben, den Flüchtlingen und Vertriebenen die Rückkehr in ihre Heimstätten zu gestatten;
 - ix. unter Hinweis darauf, daß nach dem Dayton-Übereinkommen die Zuständigkeit für die Bewegungsfreiheit bei den Vertragsparteien liegt sowie gleichzeitig feststellend, daß die Vertragsparteien dieser Verantwortung nur nachkommen können durch, wie in dem Abkommen über die Internationale Polizeieinsatztruppe festgelegt, „die Unterhaltung einer zivilen Polizeitruppe, die nach international anerkannten Normen und unter Beachtung international anerkannter Menschenrechte und Grundfreiheiten zum Einsatz kommt und mit anderen als notwendig erachteten Maßnahmen“;
 - x. feststellend, daß die IPTF, die dazu eingerichtet wurde, um die Parteien in Bosnien und Herzegowina dabei zu unterstützen, die vorgenannten Verpflichtungen zu erfüllen, weder über angemessenes Personal noch die entsprechende Ausrüstung für die Durchführung ihrer Aufgabe verfügt;
 - xi. mit Bedauern darüber, daß der Rat der WEU, der am 19. November 1996 in Ostende zusammentraf, die durchaus bekannten Probleme der derzeitigen IPTF, die auch in den beiden jüngsten Berichten und Empfehlungen der Versammlung¹⁾ hervorgehoben wurden, nicht debattiert hat;
 - xii. den vom Rat der WEU am 19. November 1996 in Ostende gefaßten Beschluß begrüßend in bezug darauf, daß die WEU humanitäre Operationen zur Räumung von Landminen unterstützen sollte;
 - xiii. in dem Bewußtsein, daß Operationen zur Räumung von Landminen in Bosnien und Herzegowina praktisch zum Stillstand gekommen sind, was hauptsächlich auf die zahlreichen Probleme zurückzuführen ist, die die nationalen und regionalen Behörden bei der Umsetzung der von anderen Ländern vorgeschlagenen Unterstützungsprogramme für die Minenräumung verursacht haben;
 - xiv. im Hinblick darauf, daß Anstrengungen unternommen werden sollten, um die Minenräumoperationen wieder aufzunehmen, sollten die Vertragsparteien des Übereinkommens von Dayton und die westeuropäischen Staaten davon überzeugt sein, daß die Präsenz von mehreren Millionen Land- und Anti-Personen-Minen in einem Land, das eigentlich der Gemeinschaft zivilisierter europäischer Staaten wieder beitreten soll, nicht zu dulden ist;
 - xv. in dem Bewußtsein, daß die wirtschaftliche Entwicklung und die politische Integration von Bosnien und Herzegowina mehr als die 18 Monate des SFOR-Mandates erfordern wird, nach denen die U.S.-Truppen abgezogen werden und daß es erforderlich sein könnte, eine fortgesetzte, wenn auch reduzierte Präsenz ausländischer Truppen im Hoheitsgebiet von Bosnien und Herzegowina über den Juni 1998 hinaus aufrechtzuerhalten;
 - xvi. angesichts dessen, daß die WEU beginnen muß, Eventualfallpläne zu erstellen für eine europäische Friedenstruppe in Bosnien nach Ablauf der SFOR-Mission, wenn die Europäer ernsthaft beabsichtigen, mehr Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität in Europa zu übernehmen,
- EMPFIEHLT DEM RAT,
1. Anstrengungen zu unternehmen, um dazu beizutragen, die Operationen zur Räumung von Landminen in Bosnien und Herzegowina wiederaufzunehmen, die von der WEU koordiniert werden sollten, während diese gleichzeitig als Forum dient für die Zusammenstellung eines kohärenten Pakets militärischer Hilfe zur Entwicklung von Ausbildungskapazitäten vor Ort und zur Verteilung von Informationen über die Aufspürung und Räumung von Landminen;
- ¹⁾ Versammlungsdokumente 1540 und 1541, Empfehlungen 599 und 600.

2. die Möglichkeit der Schaffung einer Polizeitruppe in Betracht zu ziehen, die zumindest teilweise die Nachfolge der Internationalen Polizeieinsatztruppe (IPTF) antreten würde – mit einer besseren Ausrüstung als ihre Vorgängerin –, dem Kommando der WEU untersteht und sich zusammensetzt aus Truppen der Mitgliedstaaten und der assoziierten und Beobachterstaaten, die dasselbe allgemeine Mandat hat und in der Lage ist, dieses auch ohne regelmäßige Unterstützungsanfragen an SFOR umzusetzen;
3. die Planungszelle aufzufordern, in Koordinierung mit der NATO und unter Einsatz der Alliierten Streitkräftekommandos Eventualfallpläne aufzustellen, die nach Ablauf der SFOR-Mission und/oder nach dem wahrscheinlichen Abzug der amerikanischen Bodentruppen aus dieser Friedensmission umgesetzt werden.

Tagesordnungspunkt
**Haushaltsentwurf der Versammlung
 für das Haushaltsjahr 1997**

(Drucksache 1539)

Berichterstatter:

Abg. Arnulf Kriedner (Bundesrepublik Deutschland)

Arnulf Kriedner (CDU/CSU). – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir stehen auch in diesem Jahr wieder vor einer sehr unerfreulichen Situation, genauso wie in all den Jahren zuvor. Ich hatte das schon bei der Debatte im vorigen Dezember angemerkt. Wiederum liegt uns für den Haushalt des Folgejahres 1997 kein endgültiges Ergebnis seitens des Ministerrates vor. Ich halte das für eine bemerkenswerte Tatsache. Wir sind zwar kein Parlament, aber immerhin ein parlamentarisches Gremium. Hier sitzt auch noch ein britischer Kollege. Ich versuche mir gerade einmal vorzustellen, wie dann, wenn bei der zur Zeit laufenden Debatte im Unterhaus die englische Regierung keinen stehenden Haushaltsvorentwurf vorgelegt hätte, das dortige Parlament – dies dürfte im übrigen für jedes Parlament eines Mitgliedslandes zutreffen – reagieren würde. Ich appelliere deshalb noch einmal eindringlich an den Ministerrat, seine Hausaufgaben so zu machen, daß wir wenigstens in der Lage sind, hier über ein stehendes Budget – wenn es um das Budget geht, haben wir ja ohnehin nicht viel zu bestimmen – zu beraten. Das Budget formuliert ja die Arbeiten des folgenden Jahres.

Meine Damen und Herren, eine Versammlung, die das Recht, wenigstens einen Beschluß zu fassen, aus der Hand gibt, gibt sich zu einem Teil – zumindest finanziell – selbst auf. Wir leben auch in diesem Hause in einer geteilten Verantwortung. Der eine Teil der Verantwortung liegt beim Haushaltsausschuß, der andere Teil der Verantwortung liegt beim Präsidialausschuß. Ich möchte hier betonen, daß sich unser bisheriger Präsident, Sir Dudley, intensiv in der von mir angesprochenen Richtung eingesetzt hat. Ich appelliere an den künftigen Präsidenten, dieses ebenfalls zu tun und sein ganzes

Gewicht in die Waagschale zu werfen und notfalls auch einmal mit aller Deutlichkeit darauf hinzuweisen, daß ein solches Verfahren einfach nicht hinnehmbar ist.

Im Zusammenhang mit dem Haushalt des nächsten Jahres will ich auf einige Punkte eingehen, die bedeutend genug wären, hier diskutiert zu werden, und zwar ganz sicher nicht unbedingt erst am Ende einer Sitzung, wenn nur noch sehr wenige Mitglieder zugegen sind, sondern auch schon früher. Ich meine, ein solcher Punkt ist die Bedeutung der Möglichkeiten neuer Kommunikationstechnologien bei der Organisation der Beziehungen zwischen der Versammlung und den Mitgliedern, den assoziierten Mitgliedern und den Beobachtern. Die Möglichkeiten der verbesserten Darstellung unserer Arbeit gegenüber den Medien ist ein weiteres wichtiges Thema, bei dem wir Schwerpunkte setzen wollen. Ich erwähne ebenso die verbesserte Darstellung der Arbeit der WEU und ihrer demokratischen Strukturen in der Außen- und Sicherheitspolitik – wir debattieren hier ja dauernd darüber – gegenüber unseren eigenen Mitgliedsländern, in denen die Kenntnisse auch nicht gerade riesengroß sind, und gegenüber anderen interessierten Staaten. Schließlich nenne ich die weitere Entwicklung der Möglichkeiten der Versammlung und ihrer Ausschüsse zur Erfüllung ihrer Aufgaben in Zusammenarbeit mit der Verwaltung als eines kritischen Partners in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik für unsere Mitgliedsländer.

Meine Damen und Herren, das alles sind Themen, die anstehen, mit denen wir uns befassen und bei denen Verbesserungen notwendig und auch möglich sind, selbst wenn man berücksichtigt, daß die Situation der Finanzen in den verschiedenen europäischen Ländern zur Zeit so ist, wie sie eben ist. Ich möchte noch einmal verdeutlichen, daß wir solche Aufgaben vor uns haben, daß wir beispielsweise – auch in dieser Hinsicht appelliere ich an den Ministerrat – einen verbesserten Übersetzungsdienst benötigen. Wir bekommen in unserer Organisation permanent neue Mitglieder, assoziierte Mitglieder oder Beobachter, und es müssen auch die Möglichkeiten gegeben sein, diesen zuzuarbeiten. Wir benötigen in diesem Zusammenhang den Einsatz der Computertechnologie auf dem Stand, den diese Technologie heute hat. Wir brauchen des weiteren eine enge Zusammenarbeit mit den Medien.

Ich will auch sagen, daß wir – dies sage ich sehr vorsichtig – dafür Sorge zu tragen haben, daß die Delegationen etwas besser untergebracht werden, als sie es bisher sind. Der Standard, den wir uns derzeit leisten, ist alles andere als das, was man nach außen hin darstellen kann. Wir haben mit der Beschreitung dieses Weges bereits begonnen. Ich weise darauf hin, daß sich die Unterbringung der Fraktionen heute in einer Weise präsentiert, die man als ordentlich und der Arbeit gerecht werdend bezeichnen kann. Herr Loutz, ich danke Ihnen und der gesamten Verwaltung dafür, daß Sie diesen Weg gebnet haben. Wir haben im Haushaltsausschuß, wie ich glaube, auch ein schwieriges räumliches Problem lösen können. Auch dafür sage ich den Beteiligten meinen Dank.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch darauf hinweisen, daß wir hier im Hause zusammen mit dem französischen Wirtschafts- und Sozialrat bilateral arbeiten müssen. Ich möchte auch dieser Institution für das Verständnis für unsere Belange Dank sagen. Wir sind ja nur gelegentliche Gäste in diesem Hause. Deshalb sind wir natürlich auf die Zusammenarbeit mit dieser Institution angewiesen.

Ich schließe meine Bemerkungen mit einem besonderen Dank an den jetzt nicht mehr anwesenden Sir Dudley für seinen Einsatz in diesem Zusammenhang. Ich danke insbesondere der Verwaltung – Herr Loutz, bitte vermitteln Sie diesen Dank weiter – für eine hervorragende Kooperation. Wir können uns wirklich nicht beklagen, was die Qualität der Zuarbeit anbetrifft. Ich appelliere an Sie ganz speziell – wir haben erste Kontakte bereits aufgenommen –, darauf hinzuwirken, daß das, was ich eben angemerkt habe, in Zukunft nicht mehr Platz greift. Für mich ist dies ein sehr wichtiges Thema. Wir müssen, wenn wir bei der Dezember-Sitzung hier zusammen sind, wenigstens über einen stehenden Haushaltsbeschluß beraten können. Meine Damen und Herren, ich appelliere an Sie alle: Helfen Sie auch in Ihren nationalen Delegationen mit, daß dieses künftig Platz greift. – Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

Rechnungsprüfungsbericht für das Haushaltsjahr 1995

(Drucksache 1534)

Berichterstatter:

Abg. Arnulf Kriedner (Bundesrepublik Deutschland)

Arnulf Kriedner (CDU/CSU). – Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es geht hier um den Rechnungsprüfungsbericht für das Haushaltsjahr 1995. In diesem Zusammenhang möchte ich mich zunächst beim griechischen Rechnungshof bedanken, der diese Arbeit gemäß unserer alternierenden Reihenfolge für das Jahr 1995 wahrgenommen hat. Dort ist ein sehr guter Bericht vorgelegt worden, der auch in seinen Einzelheiten überzeugt.

Die Ausgabenpolitik war sehr effizient; das ist auch sehr gut bilanziert. Die Mitgliedsbeiträge sind zu 100 % geflossen – auch das ist eine wichtige Sache. Im Haushaltsausschuß haben wir uns allerdings eine Frage gestellt, die für künftige Jahre von Bedeutung sein könnte, ob nämlich nicht auch assoziierte Mitglieder mit Beobachterstatus in einem angemessenen Umfang einen Beitrag leisten sollten, denn auch sie belasten die Haushaltssituation. Über diese Frage wird weiter zu sprechen sein.

Als wir diesen Bericht debattierten, haben wir die Bildung von Reserven durch die Fraktionen besprochen. Wir halten im Haushaltsausschuß die Möglichkeit zur Bildung von Reserven für wichtig. Es geht bei dieser Frage ja insgesamt um marginale Beträge. Wir sind aber der Meinung, daß diese Reserven nur einen gewissen Umfang haben dürfen. Der Haushaltsausschuß hat sich dahin gehend verständigt, daß Reserven von maximal zwei Jahresbeträgen der

jeweiligen Fraktionszuschüsse gebildet werden dürfen. Wir haben Beispiele gehört, daß eine Fraktion ein Seminar veranstaltet, das allein einen, oder sogar mehr als einen vollen Jahresbeitrag kostet, so daß eine solche Reservenbildung möglich sein muß. Sie darf aber nicht unbegrenzt möglich sein.

Mit dieser Hinzufügung empfehle ich, verbunden mit meinem nochmaligen Dank an alle Beteiligten, Zustimmung zu diesem Bericht.

Mittwoch, 4. Dezember 1996

Tagesordnungspunkt

Die Sicherheit im Mittelmeerraum

(Drucksache 1543)

Berichterstatter:

Abg. Jean de Lipkowski (Frankreich)

Robert Antretter (SPD): – Herr Präsident! Für den sorgfältig ausgearbeiteten und wohlausgewogenen Bericht des Kollegen de Lipkowski möchte ich dem Berichterstatter zunächst sehr herzlich danken. Er kommt genau zur richtigen Zeit. Denn derzeit befinden wir uns in einer Abfolge europäischer Konferenzen, die sich mit der Sicherheitsarchitektur unseres alten Kontinents im 21. Jahrhundert beschäftigen.

Gerade in dieser Phase, in der wir engagiert über die Osterweiterung der NATO, der EU und der WEU diskutieren und wir uns Gedanken über das Verhältnis von WEU und EU machen, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, daß Sicherheit in Europa nur geschaffen werden kann, wenn ein dauerhafter Frieden in der Mittelmeerregion sichergestellt ist.

Diese Erkenntnis hat immerhin zu der Mittelmeerkonferenz am 27./28. November 1995 mit zwölf südlichen und östlichen Mittelmeeranrainerstaaten geführt. Die Schlußerklärung von Barcelona enthält eine Reihe substantieller Empfehlungen zu den Bereichen Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft. Sie eröffnet auch beträchtliche finanzielle Hilfen der EU für die Mittelmeeranrainerstaaten, die Perspektive einer wirtschaftlichen Entwicklung und vor allem eine Förderung des multinationalen Handels, der in dieser Region unterentwickelt ist.

Das Ziel besteht nun darin, bis zum Jahre 2010 eine Freihandelszone zwischen der EU und den Mittelmeeranrainerstaaten zu schaffen. Nur durch mehr Handel, technologische Kooperation und verstärkte Zusammenarbeit bei der Berufsausbildung können wir das Wohlstandsgefälle abbauen, den jungen Menschen dieser Region eine Lebensperspektive bieten und sie davon abhalten, dem Fundamentalismus zu verfallen.

Herr Präsident, als Europa noch durch Bündnisse gespalten war, hat die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wesentlich zum Abbau der Konfrontation und des Mißtrauens und schließlich zum Austausch von Menschen und Meinungen

beigetragen. Vielleicht benötigen wir ein ähnliches Modell für den Mittelmeerraum.

Ihr Bericht, mein verehrter Herr Kollege de Lipkowski, enthält hierzu eine Reihe von Anregungen zur Rüstungsbegrenzung, die ich nachdrücklich unterstütze und für besonders wichtig halte. Darunter hebe ich Ihre Anregung hervor, eine Art Stabilitätspakt auf bi- und multilateraler Basis zu schließen.

Herr Präsident, der Mittelmeerraum ist die Wiege unserer Kultur. Alle geistigen Strömungen, die Europa ausmachen, haben hier ihre Wurzeln: das Judentum, der Islam, das Alte und das Neue Testament; und mit Blick auf das Mittelmeerland Frankreich sage ich: auch die Aufklärung. All diese Strömungen haben hier ihre Wurzeln bzw. ihren Ausgang in die Welt genommen.

Die internationale Arbeiterbewegung, die sich ihrerseits auf die meisten dieser Strömungen beruft und von ihnen nährt, gehört ebenfalls – zumindest mittelbar – dazu.

Dieser Tatsache sind wir als WEU bis heute zuwenig gerecht geworden. Ihr Bericht, Herr de Lipkowski, ist von dieser Realität inspiriert. Er zieht die ausgewogenen, angemessenen Konsequenzen daraus. Ich gratuliere Ihnen und wünsche dem Bericht, wenn heute darüber abgestimmt wird, eine große Mehrheit.

Vielen Dank.

Empfehlung 605

betr. die Sicherheit im Mittelmeerraum

Die Versammlung,

- i. angesichts dessen, daß die Sicherheit in Europa nur geschaffen werden kann, wenn ein dauerhafter Frieden in der Mittelmeerregion sichergestellt ist;
- ii. in Anbetracht dessen, daß die Beziehungen zwischen der Bevölkerung der nördlichen und der der südlichen Mittelmeerregion unter der ungleichen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung leiden, unter einem nicht ausreichenden kulturellen und religiösen Austausch, einem mangelnden gegenseitigen Verständnis für die politischen Ziele, die sie verfolgen und unter einer ungerechtfertigten Auffassung in bezug auf die Streitkräfte;
- iii. die Auffassung vertretend, daß die Achtung des Rechts eines Volkes auf Selbstbestimmung, die Achtung der Rechte ethnischer, kultureller und religiöser Minderheiten, der Menschenrechte und der demokratischen Grundsätze ein wesentliches Fundament ist für die Schaffung einer von Frieden und Kooperation gekennzeichneten Ordnung im Mittelmeerraum;
- iv. mit Genugtuung über die von den Mittelmeeranrainerstaaten, der Europäischen Union und insbesondere von der Barcelona-Konferenz mit dem Ziel ergriffenen Initiativen, eine dauerhafte Friedensordnung in der Region zu schaffen und gleichzeitig bedauernd, daß die WEU sich bis jetzt noch nicht an diesen Initiativen beteiligt hat;
- v. jedoch die Auffassung vertretend, daß ein Dialog über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Maßnahmen nicht ausreichen wird, um eine solche Ordnung festzusetzen und daß er sich auf die Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik erstrecken muß;
- vi. mit Bedauern darüber, daß es der Arbeitsgruppe Mittelmeer der WEU bis jetzt noch nicht gelungen ist, einen solchen Dialog wirksam aufzubauen;
- vii. ferner die Auffassung vertretend, daß viele ungelöste Probleme und Konflikte vor Ort die Schaffung der vorgenannten Friedensordnung ernsthaft behindern und dazu geeignet sind, in der Bevölkerung des südlichen Mittelmeerraums feindselige Gefühle gegenüber dem Westen hervorzurufen, und daß ein Andauern dieser Konflikte die von zahlreichen Regierungen unternommenen Anstrengungen zur Schaffung einer Ordnung des Friedens und der Kooperation in der Region sehr erschwert;
- viii. die Auffassung vertretend, daß die Europäische Union unmittelbar daran interessiert ist, diese Probleme zu lösen und die Konflikte zu beseitigen, da sie der wichtigste Handelspartner der Länder dieser Region ist und ihnen substantielle Wirtschaftshilfe leistet;
- ix. ebenfalls angesichts dessen, daß die Vereinigten Staaten über eine erhebliche Militär- und Flottenpräsenz im Mittelmeerraum verfügen und somit ein wichtiger Partner Europas bei der Suche nach solchen Lösungen sind;
- x. unter Hinweis darauf, daß der WEU die Aufgabe übertragen wurde, die Aktivitäten der NATO hinsichtlich der Förderung des internationalen Friedens zu ergänzen und daß sie auf der Petersberg-Konferenz beschlossen hatte, daß sie im Auftrag der Europäischen Union handeln würde, sobald diese eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik festgelegt hat, die eine Intervention von Streitkräften vorsieht;
- xi. mit Besorgnis beobachtend, daß die im übrigen Europa vorgenommenen Reduzierungen in den Verteidigungshaushalten, bei den Streitkräften und bei der Rüstung in vielen Ländern südlich und östlich des Mittelmeers nicht entsprechend zu finden sind;
- xii. unter Hinweis auf die Notwendigkeit, daß wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus, der organisierten Kriminalität und des Drogenhandels ergriffen werden in Form von abgestimmten Aktivitäten aller Mittelmeerländer;
- xiii. unter Betonung dessen, wie empfindlich die islamische Welt auf das Schicksal der Moslems in Europa und insbesondere in Bosnien und Herzegowina reagiert;
- xiv. unter Hinweis auf ihre Empfehlung 538 und im Hinblick auf ein umfassendes Sicherheitskon-

zept erneut ihr Interesse bekräftigend an der Entwicklung und dem Wohlergehen aller Länder des südlichen und östlichen Mittelmeerraums und an der Wahrung von Frieden und Stabilität in der Region,

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. der Europäischen Union gezielte Vorschläge zu unterbreiten mit dem Ziel, Sicherheitsangelegenheiten in den in Barcelona eingeleiteten Konsultationsprozeß mit den Mittelmeerländern aufzunehmen und eine aktive Rolle bei diesem Prozeß zu spielen;
2. in seine Vorschläge Bestimmungen aufzunehmen für die kontrollierte Rüstungsbegrenzung und die vollständige Beseitigung der Massenvernichtungswaffen in der Region, hauptsächlich auf dem Wege über
 - a) die Nichtverbreitung von Kernwaffen;
 - b) eine Begrenzung der Zahl und der Reichweite der in dieser Region stationierten Raketen;
 - c) das Verbot der Herstellung und Lagerung chemischer und biologischer Waffen;
 - d) das Verbot von Anti-Personen-Minen;
 - e) die Ratifizierung internationaler Instrumente, die diese Themen betreffen;
3. zu diesem Zweck die von seiner Arbeitsgruppe Mittelmeer eingeleiteten Kontakte auszubauen und zu verstärken;
4. die Aushandlung eines Stabilitätspaktes, der die gesamte Mittelmeerregion abdeckt, zu fördern;
5. im Hinblick darauf in einer ersten Phase folgende Maßnahmen vorzuschlagen:
 - a) vertrauens- und transparenzbildende Maßnahmen, deren Anwendung freiwillig wäre;
 - b) die Ankündigung von Manövern;
 - c) einen Informationsaustausch über die stationierten Streitkräfte und die vorhandenen Rüstungsgüter;
 - d) die Verabschiedung von Maßnahmen zur Vermeidung von bewaffneten Konflikten;
6. die Missionen, die wahrscheinlich den von der WEU abhängigen Streitkräften im Mittelmeerraum übertragen werden, zu spezifizieren und bekanntzumachen als eine Versicherung für die südlichen Mittelmeeranrainerstaaten im Hinblick auf einen möglichen Einsatz dieser Streitkräfte;
7. die Anstrengungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen bei der Suche nach einer Lösung der Zypernfrage in Übereinstimmung mit den einstimmig vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verabschiedeten Resolutionen und die Erklärung der Europäischen Union vom 6. März 1995 zu unterstützen, in der es heißt, daß „der Beitritt Zyperns allen Bevölkerungsgruppen (der griechischen und der türkischen Bevölkerung der Insel) zugute kommen und dazu beitragen soll, Frieden unter der Bevölkerung und Versöhnung zu schaffen“ und die Einsetzung eines Sonderberaters des Vereinigten Königreiches für Zypern durch die britische Regierung zu begrüßen;
8. die vom Europarat im Hinblick darauf unternommenen Anstrengungen zu unterstützen, der Bevölkerung von Zypern dabei zu helfen, eine Lösung für ihre Probleme zu finden und die Wiedervereinigung von Zypern gemäß der Übereinkommen von London und Zürich sicherzustellen und zu empfehlen, daß die Mitgliedschaft Zyperns in der Europäischen Union uneingeschränkt unterstützt wird, da dies für eine vernünftige Lösung der Zypernfrage sehr hilfreich wäre;
9. möglicherweise innerhalb der NATO anzustreben, mit den Vereinigten Staaten gemeinsam vorzugehen bei der Förderung
 - a) der Schaffung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei, die zu einem Dialog auf der Grundlage völkerrechtlicher Grundsätze und der Einhaltung bestehender internationaler Verträge führen könnten;
 - b) der Beendigung der über den Irak verhängten Blockade, sobald Beweise vorliegen, daß die Resolutionen der Vereinten Nationen in bezug auf diesen Staat angewandt worden sind;
 - c) der schnellen und vorbehaltlosen Anwendung der Abkommen von 1995 zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde,
 - d) der Gewährleistung einer mittelfristigen Einhaltung der Übereinkommen von Dayton in Bosnien und Herzegowina und der Wahrung einer friedlichen Koexistenz der Bevölkerungsgruppen in diesem Staat;
10. der Türkei eine Beteiligung an den Streitkräften der WEU im Mittelmeerraum zu ermöglichen mit dem Ziel, ihren in naher Zukunft anstehenden Beitritt zur WEU und zum gegebenen Zeitpunkt zur Europäischen Union vorzubereiten;
11. die Schaffung dauerhafter Vereinbarungen und einer Zusammenarbeit zwischen der WEU und den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten anzustreben.

Tagesordnungspunkt

Ansprache des polnischen Staatspräsidenten, Aleksander Kwasniewski

(Themen s. S. 9)

Wolfgang Behrendt (SPD): – Herr Präsident! Ich möchte gerne eine mehr wirtschafts- und finanzpolitische Frage an Sie stellen: Inwieweit hat sich das Instrument des Schuldenerlasses in Form des Eco-Fonds, an dem sich bisher die USA, Schweiz und Frankreich beteiligen, durch konkrete Verbesserungen im Bereich des Umweltschutzes bewährt, und würde es Polen begrüßen, wenn sich weitere Länder diesem Eco-Fonds anschließen würden?

Der **polnische Staatspräsident Kwasniewski** erklärte auf die Frage nach Vereinbarungen zwischen Polen und dem Eco-Fonds, daß es vernünftig gewesen sei, den Fonds zum Abbau von Schulden zu nutzen. Polen habe sich an diesem erfolgreichen Projekt beteiligt. Es habe mit einigen Staaten Vereinbarungen unterzeichnet und die Schulden gesenkt. Die ersten Resultate seien nun sichtbar.

Im Verlaufe der letzten Jahre habe sich die Umwelt in Polen verbessert. Teilweise sei dies auf die Wirtschaftskrise Ende der achtziger Jahre zurückzuführen, in der insbesondere Betriebe der Schwerindustrie geschlossen wurden. Die Auswirkungen dieser Politik habe man jedoch erst in der Mitte der neunziger Jahre gesehen. Der Präsident erklärte weiterhin, man habe große Summen in den Umweltschutz investiert und die Situation verbessere sich erheblich. Dies solle fortgesetzt werden. Auf dem Wege über die internationalen Beziehungen Polens habe man den Eco-Fonds zur Senkung der Schulden und zur Unterstützung derartiger Umweltprojekte genutzt.

Dieter Schloten (SPD): – Herr Präsident, haben Sie zunächst vielen Dank für Ihre Beurteilung der deutschen Vereinigung.

Ich möchte Sie nun fragen: Welche konkreten Erwartungen verbindet Polen mit dem Treffen des Nordatlantischen Rates in diesem Monat und mit dem NATO-Gipfeltreffen im nächsten Jahr, insbesondere bezüglich der Öffnung der NATO für weitere Mitglieder? In diesem Zusammenhang frage ich Sie weiterhin: Kann sich Polen eine NATO-Mitgliedschaft ohne ausländische Truppen auf seinem Territorium und natürlich auch ohne Atomwaffen vorstellen?

Hierzu vertrat der **polnische Staatspräsident** die Auffassung, daß es schwierig sei, vor Aufnahme der Verhandlungen Vorbedingungen festzulegen. Als Partner – er vertrete einen Staat, der an der Aufnahme von Verhandlungen interessiert sei – möchte er der Versammlung gern mitteilen, wie sich General Joulwan auf dem NATO-Workshop in Warschau geäußert habe. General Joulwans Äußerung sei wichtig und eine gute Antwort auf die Frage, wie Polen seine eigene Position und die der NATO sehe. Laut General Joulwan bedeute eine Mitgliedschaft in der NATO, daß man sowohl gemeinsame Werte haben als auch die Risiken teilen müsse. Dies, so der Präsident, sei ein konstruktiver Ansatz.

Polen wolle Mitglied in der NATO werden und sei bereit, nicht nur deren Werte, sondern auch die Risiken zu teilen. Natürlich werde man praktisch verhandeln. Die hier Versammelten seien Experten in diesem Bereich und wüßten, daß zur Zeit keine Veranlassung bestehe, ausländische Truppen oder Kernwaffen in den NATO-Mitgliedstaaten zu stationieren. Soweit er es beurteilen könne, so der Präsident, gehöre dieses Thema für die NATO-Politiker nicht zu den schwierigsten oder wichtigsten Punkten bei ihren Gesprächen.

Die politische Frage der Beziehungen zu Rußland sei weitaus heikler als die Frage der ausländischen Truppen oder der Kernwaffen. Er wiederhole, daß Polen der NATO beitreten wolle und man sich dessen be-

wußt sei, daß dies bedeute, gemeinsame Werte zu haben und die Risiken zu teilen.

Tagesordnungspunkt

Ansprache des Generalsekretärs der Westeuropäischen Versammlung, José Cutileiro

(Themen s. S. 10)

Tagesordnungspunkt

Die zukünftige Rolle der WEU – Antwort auf den Jahresbericht des Rates

(Drucksache 1548)

Berichtersteller:

Abg. Michael Liapis (Griechenland)

Empfehlung 606

betr. die zukünftige Rolle der WEU – Antwort auf den Jahresbericht des Rates

Die Versammlung,

- i. unter Hinweis auf die Schlüsselrolle, die die WEU spielen muß, damit Europa ein wirksames und glaubwürdiges Sicherheitssystem aufbauen kann;
- ii. in Anerkennung dessen, daß souveräne Staaten im Mittelpunkt des Prozesses der Gestaltung und Umsetzung einer europäischen Verteidigungspolitik stehen;
- iii. unter Hinweis darauf, daß die GASP der Europäischen Union zwar einen Entscheidungsfindungsprozeß beinhaltet, für den eine qualifizierte Mehrheit erforderlich ist, daß jedoch der Schutz der lebenswichtigen Sicherheitsinteressen eines jeden Mitgliedstaates, wenn diese Interessen auf dem Spiel stehen, die Einhaltung des Prinzips der Einstimmigkeit erfordert;
- iv. unter Betonung dessen, daß Artikel V des geänderten Brüsseler Vertrags die Gewährleistung der territorialen Unversehrtheit der Mitgliedstaaten und ihre Solidarität untereinander festlegt, sobald in einem Mitgliedstaat irgendeine Grenzverletzung stattfindet, und daran erinnernd, daß jegliche Organisation einer europäischen Sicherheit die Einhaltung dieses Grundsatzes erfordert;
- v. mit Befriedigung feststellend, daß das Atlantische Bündnis die Existenz einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) in seinem Rahmen anerkannt hat, deren wichtigste Komponente die WEU ist;
- vi. unter Betonung der Notwendigkeit, daß die Arbeitsbeziehungen zu den derzeitigen europäischen NATO-Mitgliedstaaten bzw. den in Kürze dem Bündnis beitretenen europäi-

- schen Staaten sowie die Zusammenarbeit mit ihnen verstärkt werden;
- vii. unter Hinweis darauf, daß gemäß dem geänderten Brüsseler Vertrag eine der Hauptaufgaben, die der WEU zugewiesen wurde, darin besteht, die Beteiligung der Mitgliedstaaten am Atlantischen Bündnis zu organisieren;
- viii. darüber hinaus feststellend, daß die WEU ihre Bemühungen verstärkt auf die von ihr in der Petersberg-Erklärung von 1992 festgelegten Aufgaben richtet;
- ix. unter Betonung dessen, daß jegliche Aktivitäten, die die WEU nach Maßgabe von Artikel VIII des geänderten Brüsseler Vertrags im Hinblick auf die Erhaltung des Friedens in der Welt und auf die Schaffung einer Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa unternimmt, nicht auf die Durchführung der in der Petersberg-Erklärung festgelegten Aufgaben beschränkt sein kann;
- x. feststellend, daß eine Beteiligung an den in der Petersberg-Erklärung festgelegten Aufgaben den Ländern offensteht, die kollektiven Verteidigungsverpflichtungen nicht beipflichtet haben;
- xi. die Fortschritte zur Kenntnis nehmend, die in bezug darauf erzielt worden sind, die Operationalität der WEU zu stärken mit dem Ziel,
- a) ihre kollektive Verteidigungsverpflichtung gemäß Artikel V des geänderten Brüsseler Vertrags zu erfüllen und
- b) die in der Petersberg-Erklärung festgelegten Aufgaben unter Einsatz ihrer eigenen Truppen oder unter Nutzung der Alliierten Streitkräftekommandos durchzuführen, sobald diese eingerichtet worden sind;
- xii. dem Wunsch Ausdruck verleihend, daß die Mitgliedstaaten ihre Bemühungen fortsetzen im Hinblick darauf, der WEU gemeinsame militärische und technologische Ressourcen zur Verfügung zu stellen, wodurch es der Organisation ermöglicht würde:
- a) die europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität innerhalb des Bündnisses zu stärken und
- b) einen praktischen Beitrag zur Gestaltung einer europäischen Sicherheitspolitik im Rahmen der GASP zu leisten;
- xiii. mit Besorgnis die Schwierigkeiten zur Kenntnis nehmend, die die Mitgliedstaaten der Europäischen Union dabei haben, in der Regierungskonferenz einen Konsens über die Arbeitsweise der GASP zu erzielen;
- xiv. mit Bedauern darüber, daß ein Jahr nach der im November 1995 erfolgten Einreichung des „Beitrag[es] der WEU zur Regierungskonferenz der Europäischen Union im Jahre 1996“ der Ministerrat es nicht für angebracht gehalten hat, sein Dokument zu aktualisieren, um neuen Entwicklungen Rechnung zu tragen,
- wie der Erkenntnis, daß es erforderlich ist, die europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität innerhalb der NATO einzurichten;
- xv. feststellend, daß die Mehrzahl der Regierungen der WEU-Staaten für eine schrittweise Eingliederung der Organisation in die Europäische Union sind;
- xvi. unter Hinweis auf den im Rahmen der außerordentlichen Sitzung in London im Februar 1996 zum Ausdruck gebrachten einvernehmlichen Standpunkt der Versammlung, daß eine solche Eingliederung erst dann stattfinden kann, wenn sich die WEU aus denselben Mitgliedstaaten zusammensetzt wie die Europäische Union;
- xvii. betonend, daß es für das Funktionieren dieses Prozesses erforderlich ist, daß die Regierungen der WEU-Staaten und der Mitgliedstaaten der EU sich eindeutig sowohl politisch wie auch finanziell den klar abgesteckten und gemeinsamen Zielen der gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik verpflichten;
- xviii. in Anbetracht dessen, daß die Verteidigung Europas zur Zeit hauptsächlich durch die NATO sichergestellt ist, weshalb es von grundlegender Bedeutung ist, daß eine ständige Beratung und ein entsprechender Dialog auf der Basis von Gleichberechtigung mit den Vereinigten Staaten und mit Kanada in bezug auf alle Fragen stattfindet, die mit den Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen in Europa zusammenhängen;
- xix. ihrer Bereitschaft Ausdruck verleihend, ihren Austausch mit dem Europäischen Parlament auf der Grundlage von Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit in den Bereichen weiterzuführen und auszubauen, in denen sie eine gemeinsame Verantwortung tragen, insbesondere bei der GASP;
- xx. unter Betonung der Notwendigkeit, daß der Rat sich klar zu den Auswirkungen äußert, die eine Erweiterung der Europäischen Union und der NATO um bestimmte mitteleuropäische Länder auf den Status dieser Länder in der WEU und auf ihre Rechte und Pflichten gegenüber dieser Organisation haben werden;
- xxi. die Auffassung vertretend, daß die WEU ihr besonderes Augenmerk auf ihre Beziehungen zu den assoziierten Partnern richten sollte, die in nächster Zukunft nicht in die Strukturen des Atlantischen Bündnisses und in die Europäische Union aufgenommen werden sowie auf ihre Kontakte zur Ukraine;
- xxii. die Auffassung vertretend, daß die gegenwärtige Situation in Zypern unannehmbar ist und daß eine schnelle und gerechte Regelung in der Zypernfrage die Sicherheit und den Frieden im Mittelmeerraum stärken würde;
- xxiii. ferner die Auffassung vertretend, daß ein Beitritt Zyperns zur Europäischen Union, wobei

diesbezügliche Verhandlungen für einen Zeitpunkt innerhalb von sechs Monaten nach Abschluß der Arbeit der Regierungskonferenz geplant sind, direkte Auswirkungen auf den Status Zyperns innerhalb der WEU haben wird;

- xxiv. mit inniger Hoffnung, daß der Rat der WEU seine Bemühungen in bezug auf Themen, die Afrika betreffen, verstärken wird, um dazu beizutragen, eine Lösung für die derzeitige Krise an der Grenze zwischen Zaire und Ruanda zu finden;
- xxv. mit Bedauern darüber, daß die Antworten des Rates auf die im Rahmen der außerordentlichen Sitzung in London im Februar 1996 verabschiedeten Empfehlungen zögerlich und inhaltsarm waren;
- xxvi. mit tiefem Bedauern darüber, daß trotz zahlreicher Anfragen der Generalsekretär, die WEU-Präsidentschaft bzw. die Präsidentschaft der EU keine Informationen zu den Diskussionen über die Aspekte der EU-Regierungskonferenz zur Verfügung gestellt haben, die zur Zeit in den Zuständigkeitsbereich der WEU und ihrer Parlamentarischen Versammlung fallen;
- xxvii. alle Betroffenen daran erinnernd, daß es die Aufgabe der nationalen Parlamente sein wird, die Beschlüsse zu ratifizieren, die aus der Regierungskonferenz hervorgehen werden;
- xxviii. erneut die Verspätung feststellend, mit der sie den ersten Teil des 42. Jahresberichts des Rates erhalten hat, dessen Übermittlung innerhalb einer angemessenen Frist eine Anwendungsbestimmung von Artikel IX des geänderten Brüsseler Vertrags ist,

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. eine Bestandsaufnahme aller Truppenarten vorzunehmen, die die Unterzeichnerstaaten des geänderten Brüsseler Vertrags bei einer gemeinsamen Verteidigung dislozieren können mit dem Ziel, ein europäisches Programm für eine gleichberechtigte Aufteilung der Verteidigungsausgaben unter diesen Ländern auszuarbeiten;
2. eine vergleichbare Bestandsaufnahme der Truppen vorzunehmen, die von der WEU für die in der Petersberg-Erklärung festgelegten Aufgaben disloziert werden können mit dem Ziel, schrittweise die für eine Durchführung dieser Aufgaben erforderlichen Fähigkeiten zu erwerben;
3. zu diesem Zweck alle Gremien der WEU zu stärken, die wahrscheinlich an solchen Aufgaben beteiligt sein werden;
4. die Schaffung der Westeuropäischen Rüstungsorganisation (WEAO) zu beschleunigen, um die Aktivitäten der WEU in diesem Bereich zu bündeln, die Europäische Rüstungsagentur einzugliedern und Europa mit der für eine wirkliche gemeinsame Rüstungspolitik erforderlichen Struktur auszustatten;
5. die operationelle Kooperation mit der NATO weiter zu stärken und dabei mit der Umsetzung der von der NATO im Januar 1994 und im Juni 1996 gefaßten Beschlüsse zu den Alliierten Streitkräftekommandos zu beginnen, jedoch ohne die Bemühungen zu verlangsamen im Hinblick darauf, die eigenen Fähigkeiten der WEU für unabhängige Aktionen zu mobilisieren;
6. zu diesem Zweck die Einrichtung von ständigen Vertretungen der Vereinigten Staaten und Kanadas bei der WEU sowie Vertretungen der WEU in diesen Staaten zu fördern;
7. ebenfalls die Einrichtung einer ständigen Vertretung Rußlands bei der WEU und einer Vertretung der WEU in diesem Staat zu fördern;
8. innerhalb der WEU seine Fähigkeit auszubauen zur Umsetzung von Artikel VIII des geänderten Brüsseler Vertrags mit dem Ziel, auf Notfälle zu reagieren und insbesondere die erforderlichen Entscheidungen zu fällen, ohne eventuelle Anfragen der Europäischen Union, der Vereinten Nationen oder der OSZE abzuwarten;
9. die Anwendung des Prinzips der Unverletzlichkeit der territorialen Integrität und der Grenzen der Europäischen Union sicherzustellen als eines der Ziele der GASP und sich dabei auf die in internationalen Beziehungen allgemein anerkannten Kriterien zu stützen;
10. darüber hinaus sicherzustellen, daß die relevanten Stellen der Europäischen Union vollständig über die Truppen informiert sind, die die WEU der Union zur Durchführung von Aufgaben zur Verfügung stellen kann, die ihr im Rahmen der GASP übertragen wurden;
11. zu fordern, daß der Hauptteil des von der Regierungskonferenz zu entwerfenden Vertrags den Grundsatz enthält, auf den die Parlamentarische Reflexionsgruppe der Regierungskonferenz von 1996 am 4. Dezember 1995 in Athen hinwies und gemäß dem die WEU-Versammlung aufgefordert würde, einen Beitrag zur Konferenz der Ausschüsse für europäische Angelegenheiten (CEAC) zu leisten, wenn Angelegenheiten der europäischen Sicherheit zur Diskussion stünden;
12. zu klären, welche Rechte und Pflichten die assoziierten Mitgliedstaaten, die assoziierten Partnerstaaten und die Beobachterstaaten bei Sicherheits- und Verteidigungsangelegenheiten haben, vor der Erweiterung der NATO und der Europäischen Union;
13. sich bei den internationalen Organisationen, in deren Verantwortungsbereich die Zypernfrage fällt, einzusetzen mit dem Ziel, eine baldige Lösung zu finden;
14. die Mitgliedstaaten aufzufordern, ihre Absichten zu präzisieren in bezug auf eine mögliche Überarbeitung des geänderten Brüsseler Vertrags, die den von der NATO im Juni in Berlin gefaßten Beschlüssen und den Ergebnissen der Regierungskonferenz Rechnung tragen würde;

15. eine Zusammenarbeit in Sicherheitsangelegenheiten mit den assoziierten Partnerstaaten zu entwickeln, die in naher Zukunft nicht in das Atlantische Bündnis und in die Europäische Union aufgenommen werden;
16. rechtzeitig zum Ministertreffen der WEU im Mai 1997 den „Beitrag der WEU zur Regierungskonferenz der Europäischen Union im Jahre 1996“ zu aktualisieren, den er im November 1995 in Madrid verabschiedet hat und dabei die Anerkennung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität innerhalb der NATO zu berücksichtigen;
17. die Beziehungen zur Russischen Föderation und zur Ukraine sowie zu den Mitgliedstaaten der GUS, die dies wünschen, sowohl auf politischer als auch auf praktischer Ebene zu verstärken mit dem Ziel, Befürchtungen entgegenzuwirken und Spannungen abzubauen, die sich aus einer NATO-Erweiterung ergeben könnten;
18. umgehend einen Mechanismus einzurichten, um die Versammlung umfassend über Gespräche und Entwicklungen in der EU-Regierungskonferenz zu informieren in bezug auf Themen, die zur Zeit in den Zuständigkeitsbereich der WEU fallen;
19. die Empfehlungen 589 betr. die Organisation der Sicherheit in Europa – politische Aspekte und 590 betr. die Organisation der Sicherheit in Europa – Verteidigungsaspekte, die auf der außerordentlichen Sitzung in London im Februar 1996 verabschiedet wurden, erneut zu überprüfen mit dem Ziel, denselben Konsens wie die Versammlung zu erzielen über den Weg, der im Hinblick auf die Zukunft der WEU einzuschlagen ist;
20. Artikel IX des geänderten Brüsseler Vertrags zu beachten und die Versammlung demgemäß im Rahmen der entsprechenden Fristen über alle Aktivitäten des Rates und alle Aspekte der Umsetzung des Vertrags zu informieren.

Donnerstag, 5. Dezember 1996

Tagesordnungspunkt

Ansprache des slowakischen Premierministers, Vladimir Meciar

(Themen: Freies Recht für kleine und mittelgroße Staaten, sich an der Konstruktion von Sicherheitssystemen zu beteiligen – Einführung der Marktwirtschaft in den mittel- und osteuropäischen Staaten mit dem Ziel der Entwicklung eines umfassenden europäischen Marktes – Einigung mit Rußland erforderlich, um neue Blockbildung zu vermeiden – NATO als einziges Sicherheitsbündnis, das seine Aufgaben erfüllt – Übernahme von größerer Verantwortung durch Europa über Institutionen wie die WEU – Wunsch der Slowakei, sich hieran beteiligen zu dürfen – Beibehaltung des Einstimmigkeitsprinzips in der OSZE – Keine Hierarchie der verschiedenen Sicherheitssysteme untereinander – Bereitschaft der Slowakei, zur Sicherheit in Europa beizutragen)

Wolfgang Behrendt (SPD). – Herr Ministerpräsident, ich habe Ihrer sehr informativen Rede sehr aufmerksam und interessiert zugehört. Sie haben darin besonders hervorgehoben, daß es Ihnen darum geht, besonders freundschaftliche Beziehungen zu allen Ihren Nachbarn zu entwickeln. Nun wissen Sie, daß einige Ihrer Nachbarn im Hinblick auf die Ausbaupläne für das Atomkraftwerk Mochovce zumindest etwas beunruhigt sind.

Ich möchte in diesem Zusammenhang folgende Fragen an Sie richten: Hält Ihre Regierung – insbesondere unter finanziellen Aspekten – das Konzept für den Ausbau dieses Atomkraftwerkes angesichts der starken Bedenken vieler externer Gutachter und Sachverständigen und auch angesichts der technischen und wirtschaftlichen Risiken für gerechtfertigt? Welche nichtnuklearen Alternativen sind geprüft worden, und aus welchen Gründen sind diese verworfen worden?

Premierminister Meciar erklärte, daß der Energiebedarf der slowakischen Republik zur Hälfte von der in diesem Kernkraftwerk erzeugten Elektrizität gedeckt werde. Der Energiebedarf steige jedoch und das Kernkraftwerk verfüge nicht über die notwendigen Kapazitäten zur Deckung dieses zusätzlichen Bedarfs. Die einzige Möglichkeit sei der Ausbau des Kraftwerkes. Die slowakischen Behörden hätten daher ein Gutachten französischer, deutscher, russischer und österreichischer Experten eingeholt, um die Sicherheit des Kraftwerkes zu garantieren. Die Arbeiten würden voraussichtlich Ende 1998 abgeschlossen. Die slowakische Republik verfüge über keine andere Energiequelle, mit der eine ausreichende Versorgung sichergestellt wäre. Man habe jedoch im Vergleich zu früher große Fortschritte erzielt, da die slowakische Regierung nun auf europäische Kontrollsysteme zurückgreifen könne, vor allem bei der Verwendung russischen Materials.

Tagesordnungspunkt

Die Beteiligung der WEU an humanitären Aktionen in der Region der Großen Seen in Afrika

(Drucksache 1556)

Berichterstatter:
Abg. Robert Urbain (Belgien)

Empfehlung 607

betr. die Beteiligung der WEU an humanitären Aktionen in der Region der Großen Seen in Afrika

Die Versammlung,

- i. in Anbetracht dessen, daß die bedrückende Notlage der Vertriebenen in der Region der Großen Seen in Afrika unverzügliche und großangelegte humanitäre Aktionen Europas erfordert mit dem Ziel, für diese Menschen Transportmöglichkeiten, Nahrungsmittel und medizinische Versorgung bereitzustellen;

- ii. die Auffassung vertretend, daß langfristige Aktionen erforderlich sein werden, damit sich die Lage in der Region normalisiert und die Friedenserhaltung gewährleistet ist, insbesondere die Ausübung einer sehr scharfen Kontrolle des Waffenhandels;
- iii. unter Betonung dessen, daß alle Aktionen, die mit einem Eingreifen von Streitkräften verbunden sind, auf ein Mandat der Vereinten Nationen gestützt sein und eine substantielle Beteiligung afrikanischer Staaten umfassen müssen, wenn sie von den Regierungen und den Menschen in Afrika akzeptiert werden sollen;
- iv. einerseits zur Kenntnis nehmend, daß der Rat der Europäischen Union die WEU am 24. November aufgefordert hat, dringend zu prüfen, wie die WEU nach ihrer eigenen Auffassung dazu beitragen könne, die verfügbaren operationellen Mittel bestmöglich zu nutzen, um die Rückkehr der Flüchtlinge in der Region der Großen Seen zu unterstützen unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die vom Rat genehmigte gemeinsame Aktion Verteidigungsimplicationen hat und den Einsatz militärischer Mittel erfordern könnte, jedoch andererseits bedauernd, daß die Europäische Union sich Zeit damit läßt, an dieser Angelegenheit mitzuwirken;
- v. feststellend, daß die Militärbehörden von 23 westlichen und afrikanischen Ländern, die am 22. November in Stuttgart zusammentrafen, eine Reihe von Optionen für eine rein humanitäre Mission festgelegt haben, um den Flüchtlingen in Ost-Zaire Nothilfe zu leisten;
- vi. mit Genugtuung über die Tatsache, daß der Ministerrat der WEU auf seiner Tagung in Ostende am 20. November in Übereinstimmung mit Artikel VIII des geänderten Brüsseler Vertrags den Ständigen Rat ersucht hat, die einschlägigen Organe der WEU zu beauftragen, die Bedingungen für eine Mission zur Verfolgung der von ihm als angemessen betrachteten Ziele zu spezifizieren,

EMPFIEHLT DEM RAT,

- 1. die Staaten, die sich an den humanitären Einsatzkräften in der Region der Großen Seen in Afrika beteiligen, aufzufordern, umgehend eine Entscheidung über den Umfang einer solchen Mission zu fällen;
- 2. unverzüglich die Ressourcen zu spezifizieren, die die WEU-Staaten für diese humanitäre Nothilfemission verfügbar machen könnten sowie die Zeit, die für ihre Dislozierung benötigt wird;
- 3. der internationalen Einsatztruppe, die eine dringliche humanitäre Nothilfemission durchführen wird, die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung zu stellen;
- 4. ohne weitere Umwege die ersten Operationen zur Bewältigung der Notlage einzuleiten;
- 5. zu prüfen, in welcher Form die WEU eine Mission zur Wiederherstellung des Friedens in den verwü-

steten Gebieten unterstützen könnte, auch wenn die internationale Einsatztruppe sich nicht an einer solchen Mission beteiligen würde.

Tagesordnungspunkt

Die östliche Dimension der europäischen Sicherheit

(Drucksache 1542)

Berichterstatter:

Abg. Robert Antretter (Bundesrepublik Deutschland)

Robert Antretter (SPD). – Herr Präsident! 1989, als in ganz Europa Mauern und Stacheldraht unter dem Ruf nach Freiheit verschwanden, wurden wir Zeugen dramatischer Veränderungen auf unserem alten Kontinent. In ganz Europa haben sich Demokratie, wirtschaftliche Freiheit und die Herrschaft des Rechts durchgesetzt. Mit dem Triumph der demokratischen Idee wurde die ideologische Spaltung Europas beendet. Wir haben die historische Chance, das umzusetzen, was wir immer wieder während der in Jalta beschlossenen und über 45 Jahre währenden Trennung unseres Kontinents zum Ausdruck gebracht haben.

Europa ist mehr als ein geographischer Begriff. Es steht für eine Werte- und Kulturgemeinschaft, die unseren Kontinent in seinen historischen und zivilisatorischen Wurzeln verbindet. Das ist im Verlauf des Jahres 1989 deutlich geworden, als die friedlichen Revolutionen in Osteuropa auch mit einer Rückkehr nach Europa gerechtfertigt wurden.

In den vergangenen Jahren wurden von den Gremien der Europäischen Union die Weichen für die Aufnahme neuer Mitglieder aus Ost- und Mitteleuropa gestellt. Es geht nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie, um die Frage, welche Staaten die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Einhaltung der wirtschaftlichen Regeln der Europäischen Union aufweisen.

Wir stehen aber auch vor der Herausforderung, neue Sicherheitsstrukturen in Europa zu schaffen, ohne bewährte Institutionen leichtfertig aufzugeben. Es ist absehbar, daß die Sicherheitsgarantien der NATO auf weitere Staaten ausgeweitet werden. Auch dabei geht es nur noch um das Wie, also um die Frage, wie das historisch beispiellose System wechselseitiger Sicherheit und politischer Stabilität nach Mittel- und Osteuropa erfolgreich exportiert werden kann. Dieser Prozeß der Erweiterung muß für alle Beteiligten zu einem Mehr an Sicherheit und politischer Stabilität führen.

Das ist gerade für den östlichen und mittleren Teil Europas von ausschlaggebender Bedeutung. Dieser Raum ist besonders von schwelenden Minderheitenkonflikten, von einer unsicheren wirtschaftlichen Entwicklung und von gravierenden Problemen beim Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen belastet.

Mehr Sicherheit und Stabilität können wir alle nur gemeinsam erreichen, wenn wir einen umfassenden Ansatz für eine neue Friedens-, Rechts- und Sicher-

heitsordnung für Europa schaffen, innerhalb deren sich jedes Land sicher und frei fühlen kann.

Wie schwierig sich dieser Übergang zu einer neuen Sicherheitsarchitektur gestaltet, hat sich soeben wieder beim Gipfeltreffen der OSZE in Lissabon gezeigt. Die Tatsache, daß Aserbaidschan und Armenien bis kurz vor Schluß ihre Zustimmung zu dem Abschlußkommuniqué verweigerten, zeigt, daß die OSZE von dem politischen Goodwill ihrer Mitgliedstaaten abhängig ist. Eine Organisation, deren Sicherheitsraum als eine Art Mini-UNO die ganze nördliche Hemisphäre umspannt, wird nur schwerlich die Fähigkeiten zu einem entschlossenen Handeln erringen können, die aber gerade für eine präventive Sicherheitspolitik erforderlich sind.

Das bedeutet nicht, daß wir nicht mit Geduld und Überzeugungskraft für einen Ausbau der bestehenden Instrumente und Institutionen der OSZE arbeiten sollten. Aber als Realisten sollten wir zur Kenntnis nehmen: Der Feind des Guten ist das Gutgemeinte. Wer die OSZE überfordert, zerstört eine Hoffnung für einen neuen Sicherheitsansatz.

Und wäre es nicht eine Überforderung, wenn die OSZE die Aufgaben und jeweiligen Zuständigkeiten der NATO, der EU und der WEU festzulegen hätte? In Anbetracht der vielfältigen – und auch nicht genau zu kalkulierenden – sicherheitspolitischen Herausforderungen ist es von außerordentlicher Bedeutung, daß Flexibilität im Vorgehen erhalten bleibt. Dabei muß aber auch gewährleistet werden, daß sich bestehende Organisationen wie die NATO, die EU, die WEU, der Europarat und die OSZE, komplementär ergänzen.

Immer noch mangelt es jedoch an einem umfassenden Gesamtkonzept für diese Komplementarität und Flexibilität der Organisationen, die für die europäische und die atlantische Sicherheit zuständig sind. Das wird besonders deutlich bei der Harmonisierung des Prozesses der Erweiterung der NATO, der EU und der WEU.

Nur vage geistert die Vorstellung von einem parallelen Vorgehen durch die politische Diskussion, ohne daß die Kriterien für die Bedingungen irgendwo festgelegt worden wären.

Genau das hat zu Beunruhigung und auch zu Frustrationen in den jungen Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa geführt, wie ich bei meinen Gesprächen feststellen konnte.

Während vor einigen Jahren bei einigen Staaten in Mitteleuropa noch die Bereitschaft erkennbar war, sich bei dem Erweiterungsprozeß abzustimmen, ist jetzt feststellbar, daß eine Art Wettlauf zu den europäischen und atlantischen Organisationen zwischen den Beitrittskandidaten eingesetzt hat. Das hat auch etwas damit zu tun, daß keineswegs klar ist, wie die Erweiterungsprozesse in Europa vollzogen werden können, ohne daß durch die Auflistung von Kriterien bestimmte Staaten auf Dauer ausgegrenzt, isoliert, marginalisiert oder gar ausgeschlossen werden. Besonders kontraproduktiv finde ich die Konzentration der Erweiterungsdebatte auf die NATO. Dabei kommen nämlich wieder zunehmend geopolitische Erwägungen über die internationale Rolle Rußlands ins

Spiel. Sie sind zuletzt sichtbar geworden, als sich die russische Duma weigerte, den START-II-Vertrag und den Open-Sky-Vertrag zu ratifizieren. Nichts wäre verheerender als eine Entwicklung, in der die Frage der NATO-Erweiterung allein und ausschließlich davon bestimmt ist, wie Rußland seine internationale Rolle im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika definiert.

Zu einer der wesentlichen Errungenschaften seit 1989 gehört die Überwindung der Konfrontation der Blöcke: In Europa stehen sich nicht mehr zwei bis an die Zähne bewaffnete Bündnisse gegenüber. Niemand kann ernsthaft behaupten, daß von Rußland in irgendeiner Form eine Bedrohung durch eine gezielte imperiale und expansionistische Außenpolitik ausgehe. Allerdings dürfen wir nicht übersehen, daß sich die anhaltende Unsicherheit über die innenpolitische Entwicklung negativ auf die Außenpolitik auswirkt. Das ist zuletzt bei dem russischen Vorgehen in Tschetschenien deutlich geworden, das in einigen Phasen deutliche Zeichen von Abenteuerlust und unreflektierter Kraftmeierei zu Tage treten ließ.

In dieser schwierigen Phase ist es außerordentlich bedauerlich, daß sich die Diskussion auf die Frage der NATO-Erweiterung konzentriert; hier bestehen offensichtlich tiefgreifende Gegensätze und ein nicht auszuräumendes Mißtrauen. Sicherlich ist es richtig, daß sich in Übereinstimmung mit der Charta der UN jedes Land frei für den Beitritt zu einem Verteidigungsbündnis entscheiden kann. Sicherlich ist es auch richtig, wenn gesagt wird, kein auswärtiger Staat habe das Recht, die Entscheidung über den Beitritt neuer Mitglieder in die NATO mit einem Veto zu blockieren.

Bislang waren aber noch keine überzeugenden westlichen Antworten auf die russischen Argumente zu hören, eine Erweiterung der NATO sei nicht erforderlich, da mit dem Ende der Konfrontation der Blöcke jede Bedrohung verschwunden sei. Umgekehrt hat auch Rußland noch kein überzeugendes Argument dafür vorbringen können, wie von der Erweiterung eines reinen Verteidigungsbündnisses neue Bedrohungen ausgehen könnten. Die Diskussion trägt deutliche Züge von einem Diskussionsprozeß, der in Form einer „self-fulfilling-prophecy“ genau das herbeiredet, was vermieden werden mußte: eine Art neues europäisches Schisma mit wechselseitigem Mißtrauen und Abschottung.

Die NATO benötigt zweifelsohne einen umfassenden sicherheitspolitischen Dialog mit Rußland und der Ukraine, der zu Transparenz, Vertrauensbildung und gemeinsamer Bewältigung der sicherheitspolitischen Probleme beiträgt. Einige dieser Herausforderungen habe ich beispielhaft in meinem Bericht erwähnt: die künftige Entwicklung in den Staaten der GUS, die schwelenden Konflikte im Kaukasus, mögliche Folgen für die europäische Sicherheit, die sich aus Interessenskonflikten in bezug auf die Förderung der Erdöl- und Erdgasvorkommen am Kaspischen Meer ergeben könnten, Probleme bei der Umsetzung der früher geschlossenen Abrüstungsabkommen, insbesondere des KSE-Vertrages, und schließlich die zahlreichen offenen und ungelösten Minderheiten- und Sezessionskonflikte in den GUS-Staaten, auf dem

Balkan, aber auch in Mittel- und Osteuropa. Bei der Bewältigung dieser Konflikte ist es sicherlich sinnvoll, sich auf regionale Organisationen zu beziehen, wie zum Beispiel den Nordischen Rat oder andere Gremien. In bezug auf die baltischen Staaten und die Sicherheit im Ostseeraum hat mein Kollege Marten bereits einige Vorschläge unterbreitet, die ich für außerordentlich erwägenswert halte.

Wir dürfen aber auch nicht aus dem Auge verlieren, daß bei der östlichen Dimension der europäischen Sicherheit die WEU eine viel größere Rolle als bisher spielen sollte. So war es für mich beeindruckend zu sehen, daß die Ukraine eine Annäherung an die bestehenden westlichen Sicherheitsstrukturen eher über die WEU als über die NATO sucht. Auch in Rußland scheinen keine Einwände gegen eine Erweiterung der WEU zu bestehen. Deshalb könnte ich es nur begrüßen, wenn Rußland und die Ukraine ihr Interesse an der WEU durch die Einrichtung Ständiger Vertretungen bei der WEU dokumentieren würden. Gerade die Ukraine könnte sich als bedeutender Partner bei der Stabilisierung in Osteuropa entwickeln. Ihre Außenpolitik würde sich gewiß auch stabilisierend auf Weißrußland auswirken.

Die Ukraine hat als ehemalige Atommacht auf das drittgrößte Atomwaffenpotential der Welt verzichtet. Schließlich hat die Ukraine den Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone in Mittel- und Osteuropa unterbreitet. Dieser Vorschlag könnte den Weg der in dieser Region liegenden Staaten in die NATO wesentlich erleichtern. Meiner Meinung nach müsse doch gerade in einem Land wie Polen, das in den 50er Jahren mit dem Rapacki-Plan genau dies vorgeschlagen hat, dieser Vorschlag besonders gewürdigt werden. Ich jedenfalls bin davon überzeugt, daß durch die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Ost- und Mitteleuropa der Prozeß der NATO-Osterweiterung erleichtert werden könnte.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, vor einigen Jahren hat unsere Organisation eine Vorreiterrolle gegenüber der NATO und der EU gespielt, als sie mit ihren assoziierten Partnerstaaten besondere Beziehungen entwickelt hat. Offensichtlich ist unsere Organisation flexibel genug, um neue Wege zu beschreiten, wenn es anderen Organisationen an Visionen und Tatkraft mangelt.

Wie der Präsident der Republik Polen, Herr Kwasniewski, gestern eindrucksvoll zum Ausdruck gebracht hat, befinden wir uns in einer historischen Zäsur, in historischen fünf Minuten, in denen wir mit Mut und Entschlossenheit einen Ausweg aus der festgefahrenen Diskussion um die NATO-Osterweiterung suchen müssen. Warum sollte deshalb die WEU nicht erneut eine Vorreiterrolle übernehmen können? Warum sollen wir unseren assoziierten Partnerstaaten nicht den Status eines assoziierten Mitgliedes anbieten? Was spricht eigentlich dagegen, die assoziierten europäischen NATO-Mitglieder, also die Türkei, Norwegen und Dänemark, als Vollmitglieder in die WEU aufzunehmen? Entscheidend sollte für uns sein, daß das von der NATO beschlossene CJTF-Konzept allen Staaten des Partnerschaft-for-Peace-Programms offensteht. Wenn ich wiederum

sehe, welche Rolle das Berliner Abschlußprotokoll der WEU bei der Umsetzung dieses Konzepts zuweist, sehe ich eigentlich keinen Grund, unsere assoziierten Partnerstaaten durch eine Aufwertung ihres Status nicht stärker an den Planungs- und Entscheidungsprozessen der WEU zu beteiligen.

In dem Ihnen vorliegenden Bericht sind einige praktische Vorschläge enthalten, um die Diskussion aus der Sackgasse herauszuführen, in die sie durch die Fixierung auf die NATO-Osterweiterung geraten ist. Jetzt kommt es auf die Vollendung der inneren Einheit unseres Kontinents mit allen Staaten der europäischen Völkerfamilie an. Die Lehren der Geschichte sind offensichtlich: „Nationalismus führt zum Krieg“, erklärte der französische Staatspräsident Mitterrand in einem knappen Wort. Es darf sich nie wieder eine Situation ergeben, in der Staaten als Beute Aggressoren anheim fallen, weil sie ungehindert ihre expansionistische Politik umsetzen konnten.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Robert Antretter (SPD). – Herr Präsident, ich weiß, daß jetzt vieles davon abhängt, daß wir uns ganz präzise ausdrücken.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen Kolleginnen und Kollegen für ihre anerkennenden Worte, aber ebenso für die kritischen Beiträge. Bitte entschuldigen Sie es, wenn ich auf die anerkennenden Worte nicht im einzelnen eingehe. Dafür sind ausschließlich Zeitgründe maßgebend.

Zu den an mich gerichteten kritischen Fragen möchte ich folgendes sagen.

Erstens. Unser Freund Ameriks sagte, unter Ziffer 18 vermisste er, daß die baltischen Staaten mit einbezogen würden. Ich glaube, das ist ein Mißverständnis. Unter dieser Ziffer steht ausdrücklich, daß alle assoziierten Partner gemeint seien. Die baltischen Staaten sind also selbstverständlich mit einbezogen. Es gibt keinen anderen Beschluß. Ich bedanke mich aber trotzdem, daß Sie geholfen haben, dieses Mißverständnis aufzuklären.

Zweitens. Ich möchte mich für die Anregung unseres bulgarischen Kollegen bedanken, noch einmal zu überprüfen, wie sich die Minderheitensituation im Verhältnis von Bulgarien und der Türkei darstellt. Zu dem Zeitpunkt, als der Bericht verfaßt wurde, habe ich die entsprechende Information bekommen. Ich bin für den gegebenen Hinweis dankbar.

Drittens. Unserem griechischen Freund möchte ich folgendes sagen. Ich bedanke mich für seinen Beitrag. Ich habe mit großem Respekt auch seinen kritischen Äußerungen zugehört, auch angesichts der langen demokratischen Tradition seines Landes. Weil er aber eben postuliert hat, in den Kategorien von These, Antithese und Synthese zu argumentieren, glaube ich, daß er mich nicht als unhöflich bezeichnen und schelten wird, wenn ich sage: Es muß auch der WEU erlaubt sein, in der Antithese zu manchen Positionen der Europäischen Union zu einer Synthese zu gelangen.

Vielen Dank für Ihre hilfreichen Beiträge.

Empfehlung 608

**betr. die östliche Dimension
der europäischen Sicherheit**

Die Versammlung

- i. besorgt darüber, daß es fast sieben Jahre nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation immer noch kein Einvernehmen über die Umriss für die Schaffung einer umfassenden Friedens-, Rechts- und Sicherheitsordnung für Europa als ganzes gibt;
- ii. deshalb betonend, wie wichtig es ist, daß es dem OSZE-Gipfel in Lissabon am 2. und 3. Dezember 1996 gelingt, beträchtliche Fortschritte in Richtung auf die Entwicklung eines gesamteuropäischen Sicherheitsmodells für das 21. Jahrhundert zu erzielen;
- iii. allerdings davon überzeugt, daß eine solche Sicherheitsordnung nur erreicht werden kann, wenn überholtes Denken in Einflußsphären ein für allemal von einem Konzept kooperativer Sicherheit abgelöst worden ist, wobei jedem Land die Freiheit gegeben ist, sich der internationalen Institution und Verteidigungsallianz seiner Wahl anzuschließen;
- iv. ernstlich besorgt über die anhaltend instabile politische Lage in der Russischen Föderation;
- v. bedauernd, daß die Ost-West-Sicherheitsdebatte fast vollständig von der Frage der NATO-Erweiterung beherrscht wird, in der andauernde grundsätzliche Differenzen zwischen der NATO und Rußland nicht nur substantielle Fortschritte verhindern, sondern es auch schwierig machen, Einigung über die Definition der Rolle Rußlands im euro-atlantischen Sicherheitsrahmen zu erzielen;
- vi. ernstlich besorgt, daß die russische Staatsduma bisher weder den START II-Vertrag noch den Vertrag über den Offenen Himmel ratifiziert hat und daß Rußland ernstlich daran denkt, die NATO-Erweiterung zum Anlaß zu nehmen, um grundlegende Änderungen in den Bestimmungen des KSE-Vertrags zu verlangen;
- vii. stark bedauernd, daß die NATO zu lange gezögert hat, ein Konzept über das „Wer“ und „Wann“ ihrer geplanten Erweiterung vorzulegen und die Meinung aufrechterhaltend, daß die Gründe, die sie für das „Warum“ gegeben hat, nicht überzeugend wirken, solange der neue Charakter der Sicherheitsrisiken und die zukünftige politische und militärische Rolle des Bündnisses in dem neuen Sicherheitsumfeld nicht klar definiert sind;
- viii. bedauernd, daß, obwohl es sehr wünschenswert ist, eine Aufnahme der mitteleuropäischen Staaten in die Europäische Union in unmittelbarer Zukunft unwahrscheinlich ist,
 - a) da die Aufnahme zu einem gewissen Grad von dem unsicheren Ausgang der internen Reformen der Europäischen Union abhängt,

über die in der Regierungskonferenz über die Revision des Vertrags von Maastricht Einigkeit erzielt werden muß und

- b) da die Europäische Union ihre Erweiterung an so viele Bedingungen geknüpft hat, daß sie von den Beitrittsländern nicht in relativ kurzer Zeit erfüllt werden können;
- ix. in der Befürchtung, daß dieser Prozeß noch weiter verzögert wird aufgrund unterschiedlicher Auffassungen über die Art der Kongruenz, die zwischen NATO, WEU und der Europäischen Union im Hinblick auf die Erweiterung bestehen soll und im Hinblick auf die zu setzenden zeitlichen Prioritäten;
- x. jedoch ihrer Unterstützung in bezug auf den Beitritt der mitteleuropäischen Staaten zur Europäischen Union in naher Zukunft Ausdruck verleihend, indem sie
 - a) die Mitgliedstaaten der Europäischen Union auffordert, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um auf der Regierungskonferenz über die Revision des Vertrags von Maastricht eine Einigung zu erzielen über die internen Reformen der Europäischen Union, die für die Aufnahme des Erweiterungsprozesses grundlegend sind;
 - b) die mitteleuropäischen Beitrittskandidaten ermutigt, den Prozeß der Wirtschaftsreformen und der Festigung der Rechtsstaatlichkeit erfolgreich abzuschließen, so daß sie die erforderlichen Bedingungen und Kriterien erfüllen und es ihnen somit ermöglicht wird, die Beitrittsverhandlungen aufzunehmen;
- xi. überzeugt, daß die WEU sehr viel mehr als nur eine ergänzende Rolle bei der Stabilisierung der östlichen Dimension der europäischen Sicherheit spielen muß;
- xii. aufrichtig die Entscheidung des WEU-Rats begrüßend, Slowenien als zehntes assoziiertes Partnerland der WEU aufzunehmen;
- xiii. allerdings bedauernd, daß keinerlei spezifische Anstrengungen der WEU bestehen, ein Konzept zu erarbeiten, um den Status der assoziierten Partnerländer aufzuwerten;
- xiv. enttäuscht, daß die geplante WEU-Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation in den spezifischen von der Versammlung vorgeschlagenen Bereichen bisher nicht weitergekommen ist;
- xv. beeindruckt von der starken politischen Entschlossenheit der Ukraine, in die europäischen Strukturen integriert zu werden und von ihrer Bereitschaft, die Zusammenarbeit mit der WEU mit dem Ziel zu intensivieren, ein assoziierter Partner zu werden;
- xvi. betonend, wie wichtig es für die europäische Sicherheit ist, daß alle verbleibenden kontroversen Streitpunkte zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation friedlich beigelegt und freundschaftliche und stabile Beziehungen

zwischen den beiden Staaten hergestellt werden auf der Grundlage der wechselseitigen Achtung ihrer gemeinsamen Grenzen;

- xvii. bedauernd, daß viele europäische und amerikanische Politiker die Entwicklung in Belarus vernachlässigen und nicht genügend auf die antidemokratischen und autokratischen Tendenzen in der derzeitigen Regierung des Landes achten oder auf die Bedeutung seiner Unabhängigkeit und die Notwendigkeit eines ständigen Dialogs mit diesem Land;
- xviii. besorgt über die jüngsten Entwicklungen in der Bundesrepublik Jugoslawien, in der die offiziell anerkannten Siege der Opposition bei den Kommunalwahlen von der Regierung für ungültig erklärt wurden, wobei die Regierung nun versucht, die Medien zu manipulieren mit dem Ziel, eine Berichterstattung der Medien über die Protestbewegung, die als Folge der Annullierung der Wahlergebnisse aufkam, zu verhindern;
- xix. feststellend, daß die Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien durch dieses Vorgehen ihre Bevölkerung Risiken aussetzt und gleichzeitig den von dem Dayton-Abkommen in Gang gesetzten Friedensprozeß gefährdet;
- xx. an die Bedeutung der zukünftigen Aufgaben der WEU erinnernd, die diese aufgrund des Beschlusses des Nordatlantikrates vom 3. Juni 1996 zu erfüllen hat;
- xxi. betonend, wie wichtig es ist, daß den assoziierten Mitglieds- und Partnerländern die Möglichkeit der uneingeschränkten Teilnahme an allen Operationen gegeben wird, die auf der Basis des CJTF-Konzeptes durchgeführt werden und der politischen Kontrolle der WEU unterstehen;
- xxii. deshalb davon überzeugt, daß das von den WEU-Mitgliedstaaten im Rahmen des Maastricht-Vertrags erstellte Erweiterungskonzept ersetzt werden muß, möglicherweise durch einen flexibleren Ansatz, der die strikte Anwendung des Grundsatzes aufgibt, daß Vollmitgliedschaft in der WEU die volle Mitgliedschaft in der NATO und in der Europäischen Union bedingt;
- xxiii. in diesem Zusammenhang auf Absatz 4 der Empfehlung 589 der Versammlung hinweisend;
- xxiv. hinweisend auf die Bedeutung der Position der Türkei als wesentlicher Stabilitätsfaktor in der Süd-Ost-Region der NATO, insbesondere im Hinblick auf die zahlreichen Krisenherde und Konflikte im Kaukasus und anderen benachbarten Regionen;
- xxv. sich stark dafür einsetzend, daß Dänemark sich für den Beitritt zum modifizierten Brüsseler Vertrag entscheidet;
- xxvi. betonend, wie wichtig es ist, die Rolle des Nordischen Rates als Stabilisierungsfaktor in der nordöstlichen Region Europas zu stärken;

EMPFEHLT DEM RAT,

- 1. den OSZE-Gipfel zum Anlaß zu nehmen, unter Berücksichtigung seiner begrenzten Befugnisse, um ein gemeinsames Konzept der 28 WEU-Länder über den Beitrag der WEU zur Verstärkung der Sicherheit und Stabilität in Mittel- und Osteuropa auszuarbeiten;
- 2. im Rahmen eines solchen Beitrages eine gemeinsame Position über die Frage der Stationierung von Nuklearwaffen in mittel- und osteuropäischen Ländern zu erarbeiten;
- 3. mit der NATO Absprachen zu treffen, die es allen der WEU assoziierten Ländern ermöglichen, uneingeschränkt an Aktionen in Ausführung des CJTF-Konzeptes unter politischer Kontrolle der WEU teilzunehmen;
- 4. einen flexiblen Ansatz seiner Erweiterungspolitik vorzubereiten, indem er Vorkehrungen trifft für
 - a) eine Einladung an alle europäischen Mitgliedsländer der NATO die dies wünschen, dem modifizierten Brüsseler Vertrag beizutreten;
 - b) die Möglichkeit, den Status der assoziierten Partnerländer auf den Status von assoziierten Mitgliedsländern anzuheben unter der Voraussetzung, daß die interessierten europäischen Staaten alle eventuellen bilateralen Probleme mit Nachbarstaaten regeln;
- 5. keine Zweifel darüber bestehen zu lassen, daß alle zehn assoziierten Partnerländer der WEU als potentielle Kandidaten für einen NATO-Beitritt angesehen werden sollten;
- 6. die Europäische Union nachdrücklich aufzufordern, ihren Erweiterungsprozeß nach Mitteleuropa nicht zu verlangsamen und weiterhin alle Staaten zu konsultieren, die entweder direkt oder indirekt von einer zukünftigen Erweiterung der Europäischen Union betroffen sind;
- 7. alle Mitgliedsländer der Europäischen Union, die den Kooperationsvertrag mit der Ukraine noch nicht ratifiziert haben, nachdrücklich aufzufordern, das Ratifizierungsverfahren zu beschleunigen;
- 8. den politischen Dialog mit der Ukraine zu intensivieren und ihr eine konstruktive Antwort auf ihren Wunsch zu geben, enger mit der WEU zusammenzuarbeiten;
- 9. den Dialog und sogar die Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation zu verstärken mit dem Ziel, das erforderliche gegenseitige Verständnis und Vertrauen zu schaffen;
- 10. zu diesem Zweck die Einrichtung ständiger Vertretungen Rußlands und der Ukraine bei der WEU und entsprechender Vertretungen der WEU bei diesen Staaten zu fördern;
- 11. den russischen Behörden jedoch klarzumachen, daß eine baldige Ratifizierung des START II-Vertrags und des Vertrags über den Offenen Himmel eine intensivere Zusammenarbeit zwischen der WEU und Rußland auf allen Gebieten gemeinsamen Interesses erleichtern würde;

12. einen ständigen politischen Dialog mit Belarus und Moldau zu führen;
13. der Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien klar zu machen, daß das Land nicht Teil des

neuen europäischen Sicherheitssystems sein kann, welches zur Zeit eingerichtet wird, wenn es weiterhin grundlegende Menschenrechte verletzt und die Grundsätze einer offenen und demokratischen Gesellschaft nicht achtet.

Liste der Amtsträger der Versammlung der Westeuropäischen Union

(Stand: Januar 1997)

Präsident

Lluís María de Puig (Spanien)

Vizepräsidenten

José Luis **Lopez Henares** (Spanien)
 Marcelle **Lentz-Cornette** (Luxemburg)
 Sir Anthony **Durant** (Vereinigtes Königreich)
 Jean **Valleix** (Frankreich)
 Mark **Eyskens** (Belgien)
 Klaus **Bühler** (Bundesrepublik Deutschland)
 Jan Dirk **Blaauw** (Niederlande)
 Diodata **Bratina** (Italien)
 Constantinos **Vrettos** (Griechenland)
 Alberto **Martins** (Portugal)

GreffierHenri **Burgelin****Präsidialausschuß***Präsident:*

Lluís María de Puig (Spanien)

Vizepräsidenten:

José Luis **Lopez Henares** (Spanien)
 Marcelle **Lentz-Cornette** (Luxemburg)
 Sir Anthony **Durant** (Vereinigtes Königreich)
 Jean **Valleix** (Frankreich)
 Mark **Eyskens** (Belgien)
 Klaus **Bühler** (Bundesrepublik Deutschland)
 Jan Dirk **Blaauw** (Niederlande)
 Diodata **Bratina** (Italien)
 Constantinos **Vrettos** (Griechenland)
 Alberto **Martins** (Portugal)

Ausschußvorsitzende:

Armand **De Decker** ((Belgien)
 Jacques **Baumel** (Frankreich)
 Jim **Marshall** (Vereinigtes Königreich)
 Arnulf **Kriedner** (Bundesrepublik Deutschland)
 Michael **Liapis** (Griechenland)
 Jean-Pierre **Masseret** (Frankreich)

Vorsitzende der Politischen Gruppen:

José Luis **López Henares**
 (Gruppe der Christdemokraten)
 Armand **De Decker** (Liberale Gruppe)
 Terry **Davis** (Sozialistische Gruppe)

Ständiger Ausschuß

Mitglieder des Präsidialausschusses

Mitglieder der Versammlung
nach Stärke der Delegationen**Verteidigungsausschuß***Vorsitzender:*Armand **De Decker** (Belgien)*Stellvertreter:*

Dieter **Schloten** (Bundesrepublik Deutschland)
 Günter **Marten** (Bundesrepublik Deutschland)

Politischer Ausschuß*Vorsitzender:*Jacques **Baumel** (Frankreich)*Stellvertreter:*

Dr. Robert **Urbain** (Belgien)
 Jan Dirk **Blaauw** (Niederlande)

Haushaltsausschuß*Vorsitzender:*Arnulf **Kriedner** (Bundesrepublik Deutschland)*Stellvertreter:*

Tom **Cox** (Vereinigtes Königreich)
 Carlos Ramirez **Pery** (Spanien)

Ausschuß für Technologie und Raumfahrt*Vorsitzender:*Jim **Marshall** (Vereinigtes Königreich)*Stellvertreter:*

Christian **Lenzer** (Bundesrepublik Deutschland)
 Davis **Atkinson** (Vereinigtes Königreich)

Ausschuß für Geschäftsordnung und Immunität*Vorsitzender:*Michael **Liapis** (Griechenland)*Stellvertreter:*

Sir John **Cope** (Vereinigtes Königreich)
 Wolfgang **Behrendt** (Bundesrepublik Deutschland)

**Ausschuß für die Beziehungen zu den Parlamenten
und zur Öffentlichkeit**

Vorsitzender:

Jean-Pierre **Masseret** (Frankreich)

Stellvertreter:

Sir Russell **Johnston** (Vereinigtes Königreich)

Huib **Eversdijk** (Niederlande)